

Er scheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 6,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Anlagen 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. dr. Monat. Einzeln. an der Post-Verwaltungs-Veranstaltung für 1893 unter Nr. 6708.

Anzeigens-Gebühr beträgt für die Hauptzeitschriften Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf., für Verordnungs- und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt I, 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 30. November 1893.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Dezember eröffnen wir ein neues Monats-Abonnement auf den

„Vorwärts“

Berliner Volksblatt

mit der illustrierten Sonntagsbeilage

„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure, sowie unsere Expedition, Reuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,

wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 Mark für das Quartal

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.) Wir ersuchen unsere Postabonnenten höflichst, das Abonnement rechtzeitig aufzugeben, damit die regelmäßige Zustellung des Blattes keine Unterbrechung erleidet.

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienene Theil der

Skizzen aus der sozialistischen Bewegung in Rußland

auf Verlangen gratis nachgeliefert.

Mitte Dezember beginnen wir die Veröffentlichung des großen sozialen Romans

„Helene“

von der bekannten und bei unseren Lesern so beliebten Roman-schriftstellerin **Minna Kautsky**.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Der Erlaß des Grafen Eulenburg

enthält zwar ebensowenig wie weiland der Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen irgend etwas Neues, aber gleich diesem bestätigt er in autoritativster Weise das Schlimme und Schlimmste, welches den Ruudigen längst schon bekannt war: nämlich die vollständige Rathlosigkeit, mit welcher die Regierungen und die herrschenden Klassen dem Sozialismus gegenüberstehen, und die Verlehrtheit und

Feuilleton.

nachdruck verboten.]

[20

Skizzen aus der sozialistischen Bewegung in Rußland.

(Aus dem Russischen übersezt.)

Aber nach den entsehllichen Minuten des dumpfen Schweigens erwachte wieder die Energie der leidenschaftlichen Krieger.

Nun, was thut es, man muß irgend etwas anderes in Angriff nehmen,“ sagte Raja, und in ihren Augen glänzte der Entschluß, entweder zu siegen oder zu sterben. „Natürlich,“ antwortete ihr Freund. Sie sahen sich um und fingen an darüber nachzudenken, weshalb die Sache nicht gelungen sei. Die ganze Nacht sprachen sie darüber, und traurig sahen sie dem Tage entgegen, der der Tag des Triumphes hatte werden sollen.

Mit dem ersten Zuge reiste Raja ab, um ihren Kameraden den Mißerfolg mitzuthellen und einen neuen Angriff auf den russischen Despotismus vorzubereiten.

Das Kriegsgericht.

Sieben Karrikaturen von Richtern in militärischen Uniformen sahen an einem langen Tische in einem großen, hellen Saale des Gerichtsgebäudes. In der Mitte sah ein alter General; seine Hände zitterten vor Altersschwäche und die untere Kinnlade hing schlaff herab; sein Gesicht trägt keine charakteristische Züge der Grausamkeit, im Gegen-

theil, die kleinen, halbblinden Augen sehen recht gutmüthig aus. Er ist einer jener braven Leute, die für Gehalt und Rang sich mit den grausamsten Dingen befassen, obgleich sie im Grunde genommen ihrer Natur zuwider sind. Vor ihm liegen dicke „Aktenstücke“, er braucht sie aber nicht zu studieren — es ist ihm anbefohlen worden, einige Leute zum Tode, die übrigen zur Zwangsarbeit, und die Reuigen zur Verbannung nach Sibirien zu verurtheilen. Dieses Befehls eingedenk leitet er träge die Komödie der Gerichtsverhandlung, sich bemühend, dieselbe nach Möglichkeit abzukürzen.

Zwei Richter aus dem Stande der Juristen saßen rechts und links neben dem Präsidenten; ihrem Neuhieren nach unterschieden sie sich scharf von einander. Der eine war ein blonder Mann mit einem sympathischen Gesicht; die Grausamkeit dieses Gerichtes ist ihm zuwider, sein Gewissen sträubt sich gegen diese unbarmerzige Ausrottung der besten Kräfte Rußlands. Im Kreise seiner Bekannten gilt er als engagierter Liberaler und als ein guter Mensch; aber das Gehalt, das er bezieht, veranlaßt ihn, seine menschlichen Gefühle zu unterdrücken.

Nach seiner persönlichen Anschauung ist er ein Feind der Todesstrafe, und seine Hand zittert, wenn er ein Todesurtheil unterschreibt; aber er unterschreibt dennoch das Urtheil, wenn auch mit demselben Widerwillen, welchen er empfinden würde, wenn er ein Vergehen ausführen müßte, er beruhigt sein Gewissen damit, daß ein Todesurtheil nicht so strafbar ist, wenn es von der zitternden Hand eines Liberalen unterschrieben wird.

Der andere Richter ist die personifizierte Grausamkeit — er hat schwarzes, straffes Haar und schwarze, wild

Kleinlichkeit der Mittel, mit denen man uns bekämpft. Die Regierungen sehen ein, daß der Sozialismus eine Macht ist, der sie nicht gewachsen sind, die in immer weitere Volkskreise dringt und die schließlich alles vor sich niederwirft. Diese Erkenntniß geht aus dem resignirten Ton in der Einleitung des Erlasses hervor. Derselbe ist unter dem frischen wuchtigen Eindruck der Reichstagswahl des 15. Juni geschrieben und giebt — im Gegensatz zu den albernen Bemerkungen des Staatsmanns in partibus Beningen — ausdrücklich zu: „Für die hier und da hervortretende Stimmung, daß die sozialdemokratische Bewegung ihren Höhepunkt erreicht habe, fehlt es an Anhaltspunkten.“ Und die sichere Erwartung wird sogar ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie unmittelbar weitere Fortschritte machen werde, und zwar namentlich auch in Kreisen, wohin sie bisher keinen Eingang gefunden.

Er hat eingesehen, daß er die Sozialdemokratie nicht auslügen kann; er will, im Interesse des Klassenstaats, der stärksten Partei im Deutschen Reich nicht den ihr gebührenden Einfluß auf Regierung und Gesetzgebung einräumen und so — wird fortgewurstelt, wie das klassische Wort lautet, das man der Staatsmannsjunft von heute einst als Grabchrift auf den Leichenstein einhauen wird.

Es wird fortgewurstelt! Ganz in der alten Weise. Kein Atom Neues. Ganz

nach dem alten, von verrottetem Bureaukratenhirn und unfehlbarem Polizeihirn ausgetifteten Rezept:

Strengste Handhabung der Befehle gegen die Sozialdemokratie, Appell an den Landrath, die Polizei, die Gendarmerie, den Staatsanwalt, — die Gerichte.

Ja, die Gerichte. Die Göttin der Gerechtigkeit wird mit einer Binde um die Augen abgebildet. Sie soll ohne Ansehen der Person urtheilen.

Und „Unabhängigkeit der Justiz von der Staatsgewalt“ ist eine der Grundforderungen des konstitutionellen Regierungssystems. Wir sagen absichtlich: konstitutionellen, nicht parlamentarischen, weil die deutschen Einzelstaaten und das Deutsche Reich sich zwar konstitutionelle Gemeinwesen nennen, den Parlamentarismus aber zurückweisen. Wohl, man betrachte den Geheimereiß des preussischen Ministers des Innern, des Grafen Eulenburg.

Es heißt da — unter anderem, das uns hier nicht berührt — „Es ist (bei Bekämpfung der Sozialdemokratie) — darauf zu halten, daß auf dem Gebiete der Presse, des Vereins- und Versammlungswezens, sowie bei Ruhestörungen und sonstigen Ausschreitungen von den gesetzlichen Befugnissen unverzüglich mit Entschiedenheit und nachhaltig Gebrauch gemacht, insbesondere auch straffes gerichtliches Einschreiten herbeigeführt wird.“

Wohl gemerkt straffes. Nicht etwa rasches. Die Regierung hat nach unseren Befehlen das Recht, auf die Staatsanwälte einzuwirken und diese zu raschem Einschreiten anzuspornen.

Aber es heißt: straffes. Straffes, d. i. strenges gerichtliches Einschreiten gegen Sozialdemokraten, mit anderen Worten, möglichst harte Bestrafung sozialdemokratischer Angeklagter soll „herbeigeführt“ werden — auf Veranlassung des Herrn Ministers des Innern.

Angesichts dieses Erlasses drängt sich von selbst die Frage auf, wie verhält sich derselbe mit unseren verfassungsmäßig gewährleisteten Rechten: Unabhängigkeit der Richter und Gleichheit vor dem Gesetze?

Doch Richter, Staatsanwälte, Landräthe, Polizisten und Gendarmen allein thun's nicht — dieser bitteren Wahrheit kann Graf Eulenburg sich nicht verschließen — er ruft daher „die Wohlgesinnten aus allen Kreisen der Bevölkerung“ zu Hilfe. Arbeiterfreundliche Fabrikanten u. s. w. und „besonders dazu geeignete Arbeiter“ sollen der sozialdemokratischen Agitation und Propaganda eine „wohlgesinnte“ Propaganda und Agitation entgegensetzen, bei der sich, in dem Gewande des „besonders dazu geeigneten Arbeiters“, sehr bald der Spieß und Loospiß einstellen wird.

Und so wäre denn Eulenburg der Zweite da angelangt, wo Eulenburg der Erste Schiffbruch gelitten hat.

Wie der Staat, so die Staatsmänner. Armer Staat!

blickende Augen. Mit unendlicher Verachtung sieht er die Angeklagten an; das ist ein ganzer Mann; er kennt nicht die Regung der Liberalität und Humanität; er kennt nur den Willen seiner Vorgesetzten und erfüllt ihn ohne Bedenken. Deutlich, mit einem eleganten Federzug unterschreibt er so viel Todesurtheile, als man es nur wünscht, ohne die mindesten Gewissensbisse zu spüren.

Zu beiden Seiten dieser drei juristisch gebildeten Kriegsrichter sitzen je zwei Majore und Obristen, welche aus der aktiven Armee zummandirt sind, sogenannte „zeitweilige Kriegsrichter“. Diese werden mit der größten Vorsicht von den Divisions-Kommandeuren ausgesucht. Um zu einem Kriegsgerichte zumkommandirt werden zu können, muß man unbedingt im Besitze eines ausgezeichneten Sittenzeugnisses des Regiments-Kommandeurs sein, welches durch folgende Worte ausgedrückt wird: „vollkommen zuverlässig“. Die vollkommene Zuverlässigkeit schließt den Besiz eines gesunden Verstandes und eines guten Herzens aus. Ein Stabs-Offizier, welcher human im Umgange mit den Soldaten ist und nicht vergessen hat, daß es ein Wort — Gerechtigkeit — giebt, kommt nie auf die Liste der Kandidaten für ein Kriegsgericht. Ein kluger und selbständiger Offizier ist auch nicht tauglich, die Rolle eines Kriegsrichters zu spielen; man braucht nur Richter, die bloß Marionetten sind, die sich unbedingt den Vorgesetzten unterordnen. Blind und stumm gehorchen — das ist das Ideal eines Stabs-Offiziers, der für ein Kriegsgericht zu brauchen ist.

Die vier Majore, welche in den Sesseln saßen und die Schnurrbärte drehten, fühlten gleichsam bei dem Erscheinen des Generals einen elektrischen Schlag in ihrem Körper, die Epauletten zitterten auf ihren Schultern, sie richteten sich auf, drückten die Brust heraus und hauchten nach einem gnädigen Blick ihres Vorgesetzten.

Was die Formulirung des Urtheils anbelangt, sind sie

*) Die russischen Kriegsgerichte werden gebildet aus drei juristisch gebildeten Richtern, zu denen auch der Präsident gehört, und aus vier Frontoffizieren.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. November.

Aus dem Reichstag. Die diesjährige Statdebate zeichnet sich durch mancherlei Umstände von ihren Vorgängerinnen in früheren Jahren aus. Zunächst muß konstatiert werden, daß wohl noch niemals so viel über alles Mögliche und so wenig über den Etat geredet worden ist, wie dieses Mal. Eine zweite neue Erscheinung ist die Teilnahme der Bundesratsmitglieder an der Debatte in einem Umfang, wie man sie früher nie erlebt hat und die Folge dieser Minister-Meddeligkeit ist die dritte neue Erscheinung, nämlich die, daß wir heute schon den dritten Tag der Statdebate hinter uns haben, ohne mit derselben fertig zu sein. Heute war der Tag der kleinen Parteien und kleinen Gesichtspunkte. Zuerst sprach der Vertreter der rheinisch-westfälischen Fabrikanten, der Abgeordnete Müller. Er betonte das öftere, daß die nationalliberale Partei, der er angehört, keine einzige Partei sei, daß in ihr die verschiedensten Auffassungen über die Steuerpläne der Regierung vorhanden sind. Er präsentierte den Finanzkünstlern am Bundesratstische eine Reihe neuer Steuerprojekte und erklärte sich natürlich gegen eine Reichseinkommensteuer. Wohl nicht ohne Absicht erklärte er sich mit vielen Ausführungen des Etats-Redners der Zentrums-partei einverstanden.

Nachdem er das Haus schon recht ermüdet hatte, ergriff der Volksparteiler Hausmann das Wort.

Er forderte mit seiner scharfen Kritik der Miquel'schen Steuerpläne und mit seiner Beleuchtung des hannoverschen Spielerprozesses und der Militär-Straf-Prozessordnung Miquel, Posadowsky und den Vertreter des Kriegsministers zu wenig überzeugenden Antworten heraus. Der Ton des Generalleutnant Spitz, der an Stelle des erkrankten Kriegsministers sprach, bewies, daß der Herr General zwischen einer Kompagnie Rekruten und dem Deutschen Reichstage keine erheblichen Unterschiede zu machen versteht.

Dann kam Herr v. Kardorff an die Reihe, der für den Bund der Landwirthe, die Steuervorlagen und selbstverständlich für die Doppelwährung sprach.

Er entzündete sich über die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und über die heillosen Glenden, die den Agrariern die Liebesgabe rauben wollen. Endlich jammerte er darüber, daß Bismarck nicht mehr Reichskanzler sei, denn damals konnte man zu allen Regierungsvorlagen Ja! Ja! sagen, während die arme Reichspartei jetzt über die Regierungsvorlagen — nachdenken müsse.

Endlich hielt Ricker eine sehr lange Rede, in der er sich wieder für die Militärvorlagen, aber gegen die Steuervorlagen erklärte. Wie es sich für den Führer der Judenschuttruppe schickt, redete er auch einiges gegen den Antisemitismus.

Hierauf folgten persönliche Bemerkungen Hausmanns und Bebel's. Bebel erklärte, daß er falsch verstanden worden sei, wenn man ihn einen Schutzjäger nennen wolle. Der Führer des Zentrums, Graf Homperg zwang den Vorsitzenden zur nochmaligen Erklärung, daß der Jesuitenantrag nach der ersten Lesung des Etats zur Verhandlung kommen sollte.

Morgen Fortsetzung der Statdebate. Als erster Redner kommt morgen der Antisemit Dr. Foerster an die Reihe, ihm folgt Liebknecht.

Bundesrath. Auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung des Bundesraths stehen die interessanten Deutsch-Afrika-Verträge über das ostafrikanische und über das südwestafrikanische Schutzgebiet und über die Verwendung des „Afrifonds“, welche demnächst auch dem Reichstag zugehen sollen; ferner eine Vorlage, betreffend den Beitritt Großbritanniens zu der Dresdener Sanitätskonvention, sowie Ausschußberichte über das Abkommen mit der Schweiz über den Patent-, Muster- und Markenschutz und eine Anzahl von Petitionen.

Den heute Morgen von uns veröffentlichten Erlaß des preussischen Ministers des Innern druckt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung heute Abend ohne ein Wort zu bemerken ab. Sie scheint sich überzeugt zu haben, daß der „Vorwärts“ eine sichere Quelle ist für amtliche Mittheilungen. — Die „Kreuz-Zeitung“ ist noch so naiv, von einem „angeblichen“ Erlaß zu reden. Sie bemerkt am Schluß aber:

Der „Vorwärts“ könnte ja nur durch Verletzung der Amtspflicht seitens eines Beamten in den Besitz eines solchen

vollkommenen Nullen, sie werden sogar verwirrt, wenn der Präsident, um der Formalität zu genügen, sie nach ihrer Meinung fragt. Sie haben auch ihr Gewissen verkauft. Als und zu regt sich in ihnen das Gewissen; aber sie beruhigen es dann sofort mit den zwei Worten „Weib und Kind“, und das vorlaute Gewissen schläft dann von Neuem ein.

Der Militär-Staatsanwalt, einer jener jungen Männer, von denen man zu sagen pflegt, „jung, aber früh gealtert“, denkt nur daran, die politischen Prozesse zur Stufenleiter einer guten Karriere zu benutzen. Einen ganzen Monat lang hat er seine Anklagerede vorbereitet. Sein Vorgesetzter gab ihm das Programm; er drückte den Wunsch aus, daß „dieser ganze Sozialismus zu Staub und Asche vernichtet werde“. Der Sozialismus ist eine Unsitlichkeit, ein ekelhaftes Zeug... verstehen Sie mich? — „Ja verstehe“, antwortete der Staatsanwalt, begierig den Gedanken des Generalgouverneurs auffassend, und machte sich an die Arbeit. Er nahm Kant's Werke zu Hilfe, um mit Zitaten über die Sittlichkeit paradien zu können; dann, sich daran erinnernd, daß der Oberkommandirende über das Militär ein gottesfürchtiger Mann ist, schrieb er einige Stellen aus den Evangelien und Psalmen aus. Er war überzeugt, daß seine Rede den Hauber des Sozialismus vernichten wird; er wird beweisen, daß, gleichwie zwei mal zwei — vier ist, diese ganze Lehre eine höhere Unsitlichkeit ist. In dem Anklage-Akt kommt Mord, Diebstahl und Verrath vor. Er wird den Sozialismus so darstellen, daß jeder junge Mann Abscheu vor ihm empfinden wird, die Angeklagten die verdiente Strafe erleiden, und neue Anhänger des Sozialismus sich nach seiner Rede nicht mehr finden werden. Der Regierung wird nichts zu thun übrig bleiben, als die entgeltliche Niederwerfung der Rebellion zu veranlassen, sich auf ihren Lorbeeren auszuruhen, und den Autor dieser vernichtenden Rede zu belohnen.

Altenrädels gelangt sein. Nach seinen bisherigen bezüglichen Veröffentlichungen muß man aber bis auf weiteres annehmen, daß auch das obige Altkleid nicht auf Erfindung beruht.

Mit der Naivetät scheint es also doch nicht ganz so arg zu sein. — Die „National-Zeitung“, realpolitisch wie sie ist, zweifelt nicht, hat keine Zweifel, muß aber auch diese Gelegenheit zur Befriedigung ihrer brennenden Denunziationslust nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen. Die „Altenstücke“, die wir von Zeit zu Zeit veröffentlichten, können doch nicht immer verloren sein — meint das schlaue Blatt — Folglich — Ist keine Polizei und kein Staatsanwalt da? — Die „Vossische Zeitung“ zerbricht sich nicht lange den Kopf über die „Umwege“, auf denen der Erlaß in unsere Hände gelangt ist, und faßt ihr Urtheil in die Worte zusammen:

Der Erlaß kann nur eine sehr mäßige Befriedigung hervorruhen. Einzelne Abschnitte, so der Hinweis, daß durch besonders dazu geeignete Arbeiter der sozialdemokratischen Agitation entgegenzuarbeitet werden soll, und weiter auf die thätigste Mitwirkung der Landräthe bei der Fernhaltung der Sozialdemokratie vom flachen Lande, sind bedenklichen Mißdeutungen ausgesetzt. Wenn auf die kaiserliche Post vom 17. November 1881 und auf die Erlasse vom 4. Februar 1880 hingewiesen wird, so muß man leider feststellen, daß der Staat selbst nicht immer mit gutem Beispiele vorangeht. Was über die schlechte Befoldung und übermäßige Dienstzeit der unteren Beamten und Arbeiter im Eisenbahndienst und bei der Reichspost getlagt wird, beweist, daß die Regierung nicht genügend von dem Geiste dieser kaiserlichen Erlasse durchdrungen ist. Hier hilft aber ein gutes Beispiel mehr als weitläufige Erlasse helfen können.

Der Jesuitenantrag wird Donnerstag oder Freitag den Reichstag beschäftigen. Die Einseitiger der Zentrums-partei und der Nationalliberalen fordern energische Fraktionsgenossen auf, vollzählig im Reichstag zu erscheinen. Die „National-Zeitung“ behauptet, daß die Konservativen einmüthig gegen den Zentrumsantrag stimmen werden. Wir glauben hingegen, daß ein nicht geringer Theil der konservativen Partei ihre Abstimmung von der Haltung der Regierung abhängig machen wird.

An Halluzinationen leidet die „Kreuz-Zeitung“. Sie liest aus ihrem Artikel über die Börsensteuer heraus, wir Sozialdemokraten hätten ein geheimes Bündniß mit den Juden abgeschlossen, um die Landwirtschaft und das Junkerthum zu Grunde zu richten. Wir haben wohl auch „mit jüdischem Geld“ die Freunde des „alten Seemanns“ bestochen, daß sie den hannoverschen Prozeß in Szene setzten zur Diskreditirung der Armee und der „Edelsten“?

Die Freisinnige Vereinigung hat, wie wir der „Freisinnigen Zeitung“ entnehmen, nunmehr die Entwürfe über ihre Organisation und über ihr Programm verfaßt, über welche in der Generalversammlung am nächsten Sonntag und Sonntag in Berlin Beschluß gefaßt werden soll. Danach nimmt die Freisinnige Vereinigung für ihre Organisation im Lande von der Bezeichnung „Freisinnig“ Abstand und organisiert sich als „Wahlverein der Liberalen“. Der Verein soll sich über das ganze Reich erstrecken.

Als Zweck dieses Vereins ist hingestellt, „den Mittelpunkt für die Zusammenfassung liberaler Bestrebungen zu bilden“.

In bezug auf das Programm mußte man nach einer Serie von Leitartikeln im „Berliner Tageblatt“ und sonstigen Anknüpfungen erwarten, daß eine Reihe neuer Zielpunkte entwickelt und das bisherige freisinnige Programm namentlich in sozialpolitischer Beziehung weiter ausgebaut werden würde. Statt dessen wird das freisinnige Programm vom März 1884 nach wie vor als Ziel der politischen Bestrebungen hingestellt. Zugleich aber wird hinzugefügt, daß dieses Ziel nur zu erreichen sei, wenn alle liberalen Kräfte zusammenwirken. Ein Zwang in Fragen, welche die liberalen Grundsätze nicht berühren, beeinträchtigt dieses Zusammenwirken. Demnach dürfte auch von dem freisinnigen Programm von 1884 im einzelnen Falle dispensirt werden in Fragen, welche die liberalen Grundsätze nicht berühren.

Abgesehen hiervon werden der Generalversammlung vier Resolutionen vorgelegt, von denen zwei sich auf die gegenwärtig schwebenden parlamentarischen Verhandlungen über Handelsverträge und Steuerprojekte beziehen. Sie ist der Ansicht, daß die Steuervorlagen der Regierung 40 bis 50 Millionen Mark mehr verlangen als der jetzige Bedarf der Regierung nothwendig macht, und daß die seitens der Regierung gemachte Forderung, daß die Kosten der

Der Staatsanwalt saß auf seinem erhöhten Platze, streich sich den Schnurrbart, der sich noch mangelhaft drehen ließ, und freute sich schon im Voraus seines Sieges. Seine Phantasie malte ihm folgendes Bild vor: Der Höchstkommandirende wird zu ihm kommen, ihm die Hand reichen und sagen: „ich danke Ihnen“.

Vor der Bank der Angeklagten saßen einige junge Männer in Ueberroden mit einem himbeerfarbenen Kragen — es sind die Karrikaturen, die die Verteidiger vorstellen sollen, sogenannte Kandidaten für die Kriegsgerichte. Diese Verteidiger riskiren, daß sie für jedes Wort, welches dem Präsidenten nicht paßt, entweder in Arrest geschickt oder gezwungen werden ihren Abschied einzureichen. Sie wissen, daß nach einer gelungenen Vertheidigung der Staatsanwalt sie in sein Kabinett rufen, sie auf soldatische Art beschimpfen und seine Schimpferei damit schließen wird, daß er sie auf die Hauptwache schiebt oder sie zwingt ihren Abschied zu nehmen. Sie bemühen sich daher mit allen Kräften, ihre Reden so farblos als möglich zu halten, befürchten aber dennoch, daß ihnen unwillkürlich ein Wort entgleiten könnte, das ihrem Vorgesetzten mißfallen und ihrer Karriere schaden könnte.

Das Publikum im Gerichtssaal ist ein patentirt zuverlässiges — Generale, Staatsoffiziere, Beamte des General-Gouverneurs, Genarmen, die Präsidenten der Zivilgerichte, große Kapitalisten; der Präsident selbst hat die auf den Namen lautenden Eintrittskarten vertheilt.

Keine einzige Dame ist zu sehen, die Grausamkeit fürchtet die Proteste eines weiblichen Herzens.

Auf der Bank der Angeklagten sitzen mehr als zwanzig Männer und Frauen; unter diesen giebt es sowohl wirkliche Sozialisten, als auch reuige Leute, welche sich aus persönlichem Vortheil dem Sozialismus angeschlossen haben, und die bei jedem Prozesse unvermeidlichen Verräther.

Das Verhör ist beendet. Der Staatsanwalt erhebt sich und trinkt, ehe er zu Reden beginnt, ein Glas Wasser.

Heeresverstärkeung nicht von den wirthschaftlich Schwächeren getragen werden sollen, durch die Vorlage nicht erfüllt wird. Die Kosten der Heeresverstärkeung seien zu bestreiten, soweit es erforderlich ist, durch die Beseitigung der Liebesabgaben für die Großbrennereien, durch eine höhere Besteuerung des Lotteriemessens, durch solche Stempelabgaben, welche den Verkehr nicht erheblich schädigen, sowie endlich durch direkte, die wirthschaftlich Schwächeren nicht treffende Reichsteuern.

Eine dritte Resolution befürwortet für die Landwirtschaft die Beseitigung der Hindernisse in der zweckmäßigen Gestaltung des ländlichen Besitzes, insbesondere durch Aushebung der Fideikomnisse, Förderung der inneren Kolonisation, Ausdehnung des Genossenschaftswesens, Erleichterung der Kreditbeschaffung für den bäuerlichen Besitz, Erweiterung der Fachbildung, Vermehrung der Verkehrsmittel und billigen Tarife, Förderung von Meliorationen, Schaffung leistungsfähiger Gemeindeverbände. Endlich empfiehlt noch eine Resolution die Bekämpfung der Bestrebungen, welche die öffentliche Schule unter die Herrschaft der Kirche bringen und grundsätzlich nach den Konfessionen trennen wollen.

Wir sind überzeugt, daß dieses neue Programm den Herren Ricker, Barth, Schrader und Genossen keine neuen Anhänger zuführen wird, es enthält nicht, was irgend jemand begeistern kann. Der Wahlverein der Liberalen ist ein todgeborenes Kind. Die Offiziere Ricker, Barth u. werden wie seit der Zeit der Sezession ein Häuflein Offiziere ohne Soldaten bleiben. Wie sie früher deshalb beim Fortschritt Unterkunft suchten, werden sie es nun in Kürze beim Nationalliberalismus thun müssen.

Herr von Guene erscheint wieder auf der Bildfläche. Wie der „Volks-Zeitung“ gemeldet wird, ist er ohne Widerspruch der Zentrums-partei an Stelle des mandatsmüden Pfarrers Cytronowski als Kandidat für den Reichstags-Wahlkreis Neustadt (10. Doppel) aufgestellt worden. Die Ballestreim und Porsch werden bald folgen, so daß die schlesischen Magnaten wieder in der Zentrums-partei ebenso einflüßreich sein werden, wie vorher. Wir haben uns niemals über diese Spaltung in der Zentrums-partei täuschen lassen. Uns sind die Guene und die Ballestreim als lebende Zeugen für die unveränderte Volkstheuerlichkeit der Zentrums-partei sehr erwünscht im Reichstage.

Aus der bayerischen Kammer der Abgeordneten. In der heutigen Sitzung wurde der Militärretat beraten. Referent Wolf nahm den Offizierstand gegen die Angriffe von sozialdemokratischer Seite energisch in Schutz. Abgeordneter Schädler (Zentrum) besprach die Pensionirung noch rüstiger Offiziere und die schwarzen Listen der als sozialistisch verdächtigen Rekruten. Redner verlangt die Abschaffung dieser Listen und beschränkt sich alsdann darüber, daß die Angehörigen der katholischen Studentenverbindungen von der Beförderung zu Reserve-Offizieren ausgeschlossen seien, sobald sie das Duell verweigern. Kriegsminister v. Aich antwortete hierauf, die Verweigerung eines Offiziers beim Anzettelung erschütterte dessen Autorität gegenüber den Mannschaften; daher kämen auch die vielen Pensionirungen. Sodann ging der Minister auf das Duellwesen näher ein, wobei er betonte, daß unter den heutigen sozialen Verhältnissen das Duell nicht abzuschaffen sei.

Der sächsische Schuldirektor, von dem wir neulich erzählten, daß er einen Fortbildungsschüler wegen Tragens „republikanischer Abzeichen“ denunzirt habe, bekennt sich im „Leipziger Tageblatt“, daß all diesen schönen Seelen als Mendevous-Platz dient, zu seiner gesellschaftsretterischen That, bemerkt aber, nicht er, sondern ein anderer Lehrer habe die rothe Feder zwischen anderen „entdeckt“. Der Mann heißt Quieser und ist Schuldirektor in Zwenkau bei Leipzig.

Die französische Ministerkrise ist noch nicht beendet.

In Italien hat sich in der Person Zanardelli's ein neuer Ministerpräsident gefunden. Die Ministerkrise ist aber noch nicht zu Ende. Und die allgemeine Staats- und Gesellschaftskrise erst recht nicht.

Gumbert und Margherita, das italienische Königs-paar wurden vor wenigen Tagen bei ihrer Rückkehr nach Rom ausgepfiffen. Der Giolitti hatte Recht, als er gelegentlich der letzten Kammerdebatten im italienischen Parlamente sagte: „Es steht mehr auf dem Spiele, als ein Ministerium“. Und wir hatten Recht, als wir diesen Ausspruch dahin kommentirten, die Monarchie und das System

„Meine Herren Richter, sagte er mit wichtiger Stimme, ehe ich zur Anklage eines jeden einzelnen der Angeklagten schreite, werde ich eine moralische Abschätzung jener verbrecherischen Lehre, die sich Sozialismus nennt, vornehmen. Es ist dies unbedingt nöthig, da infolge einer unbegreiflichen Verwirrung der Geister der Sozialismus in einem Schimmer höherer Sittlichkeit erscheint. Es ist Zeit, diesen Hauber zu vernichten, und das fällt mir nicht schwer: die Angeklagten selbst lieferten mir zu diesem Zwecke die besten Waffen — ihre Thätigkeit ist nicht allein ein Verbrechen in politisch-kriminalistischer Hinsicht, sondern auch ein Verbrechen gegen die Gesetze der Moral.“

Der Staatsanwalt, nachdem er auf die Ermordung eines Genarmen, den Versuch Staatsgelder zu stehlen, eine Liebesintrigue eines der Anklagten und auf die Thatsache der Denunziation eines ihrer Gefährten hingewiesen hatte, fuhr dann mit einem gekünstelten Pathos fort:

„Sehen Sie, meine Herren Richter, was für Individuen vor Ihnen sitzen, als die Prediger einer scheinbar hohen sittlichen Lehre, sozialistische Mörder, sozialistische Diebe, sozialistische Don Juans, sozialistische Denunzianten!... Wer wagt es noch bei dem Anblicke dieser Leute den Sozialismus eine sittliche Lehre zu nennen? Nein, meine Herren Richter, das ist eine Chimäre, das sind giftige Nisamen, und Sie sind dazu berufen, die Gesellschaft zu desinfizieren.“

Lange behandelte der Staatsanwalt das Thema von der Grundverdorbenheit der Angeklagten, die er mit zornig erhobener Stimme und mit funkelnden Augen durch den Roth zog, und er endigte zuletzt mit den pathetischen Worten des verfluchenden Priesters:

„Gott wird seine Feinde zerschmettern!“

(Fortsetzung folgt.)

stehen auf dem Spiele, und auch der Dreihund. Denn das neue Ministerium übernimmt ein Defizit von 100 Millionen Lire (80 Millionen Mark), und hat mit einer Klassenvertretung der Bourgeoisie, dem italienischen Parla- ment, zu rechnen, das sich gegen die Einführung der Einkommensteuer streut. Früher oder später muß somit Italien ab- rufen. Damit ist aber der erste Schritt für den Austritt aus dem Dreihund gegeben. —

Gegen das Frauenstimmrecht hat das Landsting (das dänische Herrenhaus) einen Beschluß gefaßt. Der vom Folkething angenommene Gesetzentwurf, nach welchem den Frauen das kommunale Wahlrecht und die Wählbarkeit zu- gestanden werden sollte, veranlaßte eine lebhafteste Erörterung. Entscheidend wurde die Ausführung des Ministers des Innern, daß das kommunale Wahlrecht volle Mündigkeit voraussetze, die verheiratete Frau aber nach dem dänischen Rechte immer unmündig sei. Schließlich wurde folgende motivierte Tagesordnung mit 27 gegen 12 Stimmen an- genommen: „Da das Landsting an der Meinung festhält, daß es weder im Interesse der Gesellschaft noch der Frauen ist, daß diesen das Wahlrecht sowohl wie die Wählbarkeit verliehen wird, geht das Ding zur nächsten Sache auf der Tagesordnung über.“

Im dem Widerstande des Herrenhauses wird die Be- wegung für die Rechte der Frauen nicht scheitern. Die Be- wegung in allen Ländern gegen die Sondervertretung des hohen Adels wird durch diese Beschlüsse bloß verstärkt werden. —

Das Programm der radikalen Opposition in Norwegen. Der Vorstand der „Organisierten Linken“ hat einen Programm-Entwurf für die bevorstehenden Storting- wahlen aufgestellt, in welchem ein eigenes norwegisches Konsularwesen und eine derartige Ordnung der diploma- tischen Geschäfte gefordert werden, daß die norwegischen Geschäfte einem norwegischen Ministerium des Äußeren unterworfen werden. Ferner wird allgemeines staatsbürger- liches und kommunales Stimmrecht in Verbindung mit der Proportionalwahl verlangt. —

Parlamentarisches.

Im Seniorenkongress des Reichstages ist heute die Ge- schäftsliste des Hauses besprochen und die Ansicht laut geworden, den Jesuitenantrag am Freitag zur Verhandlung gelangen, und die erste Beratung der Steuergesetze folgen zu lassen. Gegen diese Bestimmungen der Tagesordnungen der nächsten Sitzungen hat sich indessen eine Gegenordnung insofern gebildet, als man von dieser Seite den Jesuitenantrag erst am Montag be- raten wissen will.

In der sozialdemokratischen Fraktion wurden gestern die Redner bestimmt für eine Reihe von Anträgen und Geset- zenentwürfen, welche dem Reichstag vorliegen. Es sollen Molken- buhr und Brühne zu dem Entwurf über den Unterstützungs- wohnsitz; Zuhauer und Singer zum Antrag auf Vermehrung der Wahlkreise; Bebel und Frohme zu dem Antrag, betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten, Namens der Fraktion sprechen.

Die Anträge auf Einführung eines gemeinsamen Vereins- und Versammlungsrechtes sollen Degien und Willenberg ver- treten; während Auer und Reichhaus als Redner zu dem Antrag Camp und Genossen betr. die Einführung von Handwerker- kamern, Befähigungsnachweis und Einschränkung der Zucht- hausarbeit bestimmt sind.

Zu dem morgen auf der Tagesordnung stehenden Entwurf eines Gesetzes betr. die Gewährung von Unterstützungen an Invaliden aus den Kriegen vor 1870 und an deren Hinterbliebene wird der Abg. Herbert von dem Standpunkt unserer Partei vertreten. Weiter wurde beschlossen, nachstehenden Antrag einzubringen:

Gesetz
betreffend Einführung der Gewerbe-Ordnung in Elsaß-Lothringen.
§ 1. Die Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich in der Fassung, welche

durch Artikel 16 des Gesetzes vom 1. Juli 1883, betreffend Abänderung der Gewerbe-Ordnung (Reichs-Gesetzblatt S. 159), durch das Gesetz vom 8. Dezember 1884 wegen Ergänzung des § 100 e des Gesetzes, betreffend die Ab- änderung der Gewerbe-Ordnung, vom 18. Juli 1881 (Reichs-Gesetzblatt S. 255), durch das Gesetz vom 28. April 1886, betreffend die Abänderung der Gewerbe- Ordnung (Reichs-Gesetzblatt S. 125), durch das Gesetz vom 6. Juli 1887, betreffend die Abänderung der Gewerbe- Ordnung (Reichs-Gesetzblatt S. 218), durch das Gesetz, betreffend Abänderung der Gewerbe-Ordnung vom 1. Juni 1891 (Reichs-Gesetzblatt S. 261), sowie

durch die vom Bundesrath in Ausführung der ihm durch die Gewerbe-Ordnung erteilten Vollmachten gefaßten und vom Reichstag genehmigten Beschlüsse festgesetzt ist, tritt in Elsaß-Lothringen in Kraft.

§ 2. Die §§ 1, 2, 3, 4, 5 und 7 des Einführungsgesetzes zur Gewerbe-Ordnung für Elsaß-Lothringen vom 27. Oktober 1888 (Reichs-Gesetzblatt S. 57) sind aufgehoben.

§ 3. Alle mit diesem Gesetz in Widerspruch stehenden landes- gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen sind aufgehoben.

§ 4. Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

Urkundlich u.
Gegeben u.

Aufhebung des Impfwanges. Die Abgeordneten Soc., Bloß, Meißner, Reishaus, Schmidt (Berlin), Schmidt (Frank- furt), Schmidt (Saarbr.), Durm, Brühne, Hofmann (Chemnitz), Schulze (Rönigsberg), Geyer und Seibert haben einen Antrag auf Aufhebung des Impfwanges eingereicht. Unterstützt ist der- selbe von der Mehrzahl der Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion.

Aus dem Reichshandhabetat werden zur Kommissions- beratung überlassen werden die Etats für das Anwärterge- lde, der Militär-Stat., Marine-Stat., Reichsschatz, Zölle und Verbrauchsteuern, Post-Stat., Reichsbankerei, einzelne Titel des Reichsanwalts des Innern und des Reichs-Schatzants sowie die abschließenden Finanzetats-Positionen.

Parteinachrichten.

Etwas mehr Vorsicht beim Engagement von Wander- rednern wäre den Parteigenossen auf das dringendste anzurathen. Besonders unter der Maske, freireligiöse Vorträge halten zu wollen, werden den Vertrauensmännern der Partei nicht selten Anerbieten von Personen gemacht, die wir alle Ursache haben, von unserer Partei fern zu halten.

Bereits vor etwa 4 Wochen hat unser Frankfurter Partei- organ vor einem gewissen Panthel aus Bochum gewarnt, der in Frankfurt a. M. in einer Parteiversammlung dreist auftrat, daß unsere Genossen sich genöthigt sahen, entschieden dagegen Front zu machen. Jener Warnung zum Trost ist der p. p. Panthel seitdem in einer ganzen Reihe von Orten von unseren

Genossen als Redner engagirt worden. Mit welchem Erfolg, das zeigt nachstehende Zuschrift aus Plauen in B. Dieselbe lautet:

„Gestern hat Herr Panthel aus Bochum auf Empfehlung von Genossen hier bei uns einen Vortrag über „Alte und neue Welt- anschauung“ gehalten. Der Vortrag war derart, daß wir ent- schieden dagegen Stellung nehmen mußten. Ich wundere mich nur, wie der Herr anderwärts ruhig seinen Spech halten konnte. Lauter Lobhudelei der Polizei, der Staatsanwaltschaft, der „auf- klärenden“ Gesehzgebung unserer Zeit. Es klang wie reiner Hohn. Und so ein Mann will 12 M. für einen Vortrag haben. Wir haben ihm 9 M. gegeben, er hat sie ruhig eingestekt. Dieser Panthel nährt sich von den Vorträgen, ich habe sofort Schritte gethan, daß ihm in Reus- Greiz, wo er vier Vorträge halten will, sein Vorhaben verleidet wird.“

Er nennt sich freireligiös, scheint aber keine Ahnung zu haben vom Sozialismus. Es ist nöthig, daß derartigen Elementen das Handwerk gelegt wird; sie lazen den Genossen das Geld aus der Tasche und schaden bloß. Vielleicht kann ihm durch das Zentralorgan „gewunten“ werden.“

Indem wir den lezt ausgesprochenen Wunsch unseres Plauerer Genossen nachkommen, richten wir an unsere Genossen die wiederholte Mahnung, besonders der freireligiösen Wander- Redner gegenüber recht auf der Hut zu sein.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Zur Landagitation. Parteigenossen, welche sich schon mehrfach der Landagitation gewidmet, wissen gewiß alle, mehr oder weniger von Erlebnissen erntet und heiterer Art zu berichten. In der Verfolgung der auf den Dörfern agitirenden Sozialdemokraten thun sich außer Gendarmen besonders auch die Ortsvorsteher hervor. In Grünberg (Schlesien) ist vor einigen Tagen ein Prozeß zu Ende geführt worden, der durch den Ortsvorsteher Hoffmann in Lawaldau a. hervorgerufen, für ihn selbst aber einen recht unangenehmen Verlauf nahm.

Der Hergang der Sache ist in Kürze folgender: Am 30. Juli hielten die Parteigenossen des diesseitigen Wahlkreises in Jauche ein Parteikonferenz ab. Die Grünberger Genossen begaben sich ebenfalls dorthin, und benutzten dabei vier Selterwagen. Um auf dem Heimwege den Pferden eine kurze Rast zu gönnen, machte man vor dem Gasthaus des Herrn Fiedler in Lawaldau Halt. Der Gemeindevorsteher des Ortes, Hoffmann, versuchte hier mit ihnen Scherereien anzufangen. Nach einigem Wort- wechsel führte er einen Schlag nach einem unserer Leute, den Genossen Dreßler, worauf dieser seinerseits den Gemeindevor- steher faßte und vor sich her durch die Gaststube schob, bis dieser unwilligliche Krebsgang an einem Fenster, das dabei in Trümmer- ging, sein Ende fand. Nachdem man die Streitenden getrennt hatte, wurde die Weitefahrt angetreten. Der Gemeindevorsteher stellte nun Strafantrag gegen Dreßler wegen Körperverletzung und Beleidigung. Er gab an, Dreßler sei zuerst auf ihn ein- gedrungen und habe außerdem noch geäußert: „Schmeiß doch den Lump raus!“ Er blieb auch bei dieser Aussage bei den Verhandlungen vor dem Schöffengericht. Alle anderen Zeugen stellten den Verlauf des Rencontres wie oben geschildert dar. Selbstverständlich mußte Dreßler freigesprochen werden; auch der Rechtsanwalt hatte Freisprechung beantragt. Das Gericht be- schloß ferner, die Akten der Staatsanwaltschaft zu unterbreiten, damit diese prüfe, ob nicht gegen den Gemeindevorsteher Hoffmann das Verfahren wegen Meineid einzuleiten sei.

— Vier Straßburger Sozialdemokraten wurden zu je 40 M. verurtheilt, weil sie den Wahlausruf Bebel's angeheißt bzw. verbreitet hatten, ohne daß derselbe bei der Staatsanwaltschaft und beim Bezirkspräsidenten hinterlegt war. Zur Verurtheilung wurden altehrwürdige Preßgesetze aus den Jahren 1880, 1849 und 1850 verwendet.

— Die Revision des Genossen Karl Krüger, Redakteur des „Wollschlägers“ für Halle und den Saalkreis, der vom Landgericht Halle wegen Beleidigung des dortigen Kreisvereins zu einer Geldstrafe verurtheilt worden war, wurde vom Reichs- gericht verworfen.

Soziale Uebersicht.

An die Vertrauensleute der örtlichen Gewerkschafts-Kartelle.

Auf Veranlassung der Generalkommission wird in den nächsten Wochen eine umfangreiche Agitation unter den Arbeitern der Nahrungsmittel-Industrie (Bäcker, Brauer, Konditoren, Müller und Schlächter) in Scene gesetzt werden. Da die ge- nannten Branchen bis jetzt nur in wenigen Orten Organisationen und Verbindung mit den Berufsgenossen haben, so wird es noth- wendig sein, daß die örtlichen Gewerkschaftskartelle und wo solche noch nicht vorhanden sind, die Vertrauensleute der am Orte be- findlichen Organisationen sich der Sache annehmen. Die Agitation soll in der Weise betrieben werden, daß zunächst ein Flugblatt unter den sämtlichen Arbeitern der Nahrungsmittel-Industrie verbreitet wird. Hierzu wird die Hilfe der in anderen Branchen organisirten Arbeiter in den einzelnen Orten nothwendig sein. Die hauptsächliche Aufgabe der örtlichen Gewerkschafts-Kartelle besteht darin, die nichtorganisirten Ar- beiter zur Organisation heranzuziehen. Hier bietet sich also den Gewerkschafts-Kartellen eine Gelegenheit, ihre Aufgabe zu erfüllen und können wir daher voraussehen, daß von dieser Seite alles geschehen wird, um die Agitation recht wirksam zu gestalten. Da aber nur in wenigen Orten bis jetzt solche Kartelle gebildet worden sind, so werden auch die Leiter anderer Gewerkschaften sich der Mühe unterziehen müssen, um für die geeignete Verbreitung der Flugblätter zu sorgen. Und sie werden es wohl thun, denn die Zustände, unter welchen die Arbeiter der Nahrungsmittel-Industrie zu leiden haben, sind derartig schänd- liche, daß Jeder, der nur ein wenig Mitgefühl für seine in solchen Verhältnissen lebenden Arbeitsbrüder hat, befreit sein muß, diesen zu helfen, durch die Organisation zu einem menschen- würdigen Dasein zu kommen.

Den Vertrauensleuten der einzelnen Orte werden demnächst die näheren Mittheilungen bezüglich der Agitation zugehen und hoffen wir, daß sie sich der Arbeit, welche sie für den Zweck zu verrichten haben, unterziehen werden.

Die Generalkommission.

In Sachen der Lagerhalter. Auf die vielfachen An- fragen, weshalb der Bericht noch nicht zur Ver- sendung gekommen ist, theilen wir mit: Im Sep- tember-Oktober beschäftigten sich die Zeitungen mit dem Protokoll, nach diesem kam erst rege Bewegung unter alle Theilnehmer. Wir mußten, um die Situation schildern zu können, eine ab- wartende Stellung einnehmen. Jetzt befindet sich der Bericht, welcher insolge des umfangreichen Materials fast ebenso inhalts- reich sein wird, wie das Protokoll, im Druck und wird baldigt zur Versendung kommen.

Ernst Orenz, Vertrauensmann,
Chemnitz, Louisestr. 8 II.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck obiger Notiz gebeten.

An die Parquetbesitzer Berlins und Umgegend. Kollegen! Wie Ihr wohl alle wißt, beabsichtigen wir im Januar 1894 unseren neuen Lohnvertrag einzuführen. Durch gegen- seitiges, wahlunfähiges Unterbieten, Konkurrenz nennen es die Herren) bei Uebnahme von Arbeiten, haben es unsere „Arbeits- geber“ verstanden, die Arbeitslöhne bis zu 30 pCt. innerhalb 2 Jahren, herabzudrücken. Bedenkt nun, daß jeder Bodenleger verpflichtet ist, sich eigenes Werkzeug, Hobelbank, Fuhrloch und event. auch Nägel zu beschaffen; bedenkt ferner, daß wir als Saisonarbeiter eine Arbeitslosigkeit von 10-14 Wochen in jedem Jahre haben, und Ihr werdet zu dem Schluß gelangen, daß unser Loos nicht denkbarewerth ist. Kollegen, es gilt nun,

unseren Tarif in nächster Zeit zur Geltung zu bringen; kein Firma darf ausgeschlossen bleiben und dieses bedingt, daß wir uns organisiren, zusammenschließen, und vereint unsere Forderung erzwingen. Schon jetzt haben größere und die größten Firmen unsern Tarif als einen angemessenen, durchaus humanen bezeichnet, also nur etwas Nachdruck unerseits und der Sieg ist unser. Die Kollegen, welche noch nicht im Besitz des neuen Tarifs sind, mögen sich denselben in den Versammlungen abholen. Pflicht der aufgklärten Kollegen ist es, die Indifferenten zum Versammlungsbesuch zu ver- anlassen. Mitglieder zum deutschen Holzarbeiter-Verband werden in den Versammlungen aufgenommen.

J. N.: Der Weisiger.

Von der Anklage des groben Unfugs und der Ueber- tretung der Sonntagsruhe wurden vom Ahrensburger Schöffengericht drei Vorstandsmitglieder der Hammer Liedertafel „Eintracht“ freigesprochen. Der „grobe Unfug“, den dieselben verübt haben sollen, wurde darin erblickt, daß gelegentlich einer Ausfahrt der Liedertafel nach Wulfsdorf dieselbe mit Musik Ahrensburg durchzog; ebenfalls wurde hierin die Uebertretung der Sonntagsruhe erblickt. Kurze Zeit nach der Ausfahrt be- kamen die Vorstandsmitglieder des Gesangsvereins Strafver- fassungen, je auf 20 und 5 M. lautend, von dem Ahrensburger Amtsdorsteher zugestellt. Die hiervon Betroffenen beantragten gerichtliche Entscheidung. Das Gericht stellte sich auf den ver- nünftigen Standpunkt, daß wir nicht in einem Muderstaate leben, und daß daher der Auszug einer Liedertafel mit Musik an einem Sonntag nicht als grober Unfug zu betrachten ist.

Wie die „Germanisirung“ unserer wiedergewon- nenen Brüder in Elsaß-Lothringen betrieben wird, geht recht deutlich aus folgendem hervor:

Ein fünfzigjähriger Tagelöhner aus Neudorf bei Straßburg hatte „Vive la France!“ gerufen. Er erhielt dafür eine Ge- fängnißstrafe von einem Jahre (!!)

Literarisches.

Die Juden als Verbrecher. Eine Beleuchtung antisemitischer Beisführung von Dr. H. Luz. Verlag von W. Ernst, München.

Die vorliegende Schrift richtet sich gegen einen von anti- semitischen Seite gemachten Versuch, aus der vorhandenen Kriminalstatistik den Juden Deutschlands einen besonders ver- brecherischen Charakter nachzuweisen. Ein gewisser Giese hatte sich im Interesse der Sühnliebe und Bädellege dieser ver- lodenden Aufgabe unterzogen. Luz weist nun nach, daß in der oberflächlichen Weise, wenn man nicht direkt Böswilligkeit annehmen will, die kriminalistischen Daten zur Feststellung einer plumpen Schmähchrift verwandt wurden. Das Giese'sche Verfahren war sehr einfach. Er stellte Juden und Christen in bezug auf ein bestimmtes Verbrechen einander derart gegenüber, daß er berechnete, wie viel Prozent der Gesamtbevölkerung durchschnittlich an einem bestimmten Verbrechen theilhaftig sind, und wie viel Prozent der jüdischen Bevölkerung. Eine solche oberflächliche Gegenüberstellung ergab denn eine verhältnismäßig weit stärkere Theilnahme der Juden an bestimmten Verbrechen, z. B. Unterschlagung, Betrug, Bankrott, Wucher und dergl. Luz weist nun nach, daß Giese hierbei den Einfluß der Beschäftigung völlig außer acht gelassen hat. Wenn die Juden gerade an den hier erwähnten Verbrechen stärker be- theiligt sind, als Christen, so liegt das nicht an ihrer hebräischen Religion und nicht an ihrer semitischen Abstammung, sondern daran, daß sie fast durchweg dem Handel oder ähnlichen Berufen obliegen, die vorzugsweise zu solchen Verbrechen die Ver- ledigungen schaffen. Von hundert Bauern und hundert Kauf- leuten mit gleich verbrecherischen Anlagen würden die letzteren fast nie, die letzteren wahrnehmlich sehr häufig durch ihre Thätigkeit und die Berufssphäre, innerhalb deren sie sich bewegen, Gelegen- heit finden, das Verbrechen der Unterschlagung auszuführen. Es ist also der Beruf, die Lebensumstände, die entscheidend sind für die Häufigkeit bestimmter Verbrechen. Wenn man, anstatt zu sagen, auf so und so viel Christen und auf so und so viel Juden kommt ein Unterschlagender, berechnet, auf wie viel christliche Kaufleute und auf wie viel jüdische Kaufleute ein Unterschlagender entfällt, so stellt sich ein ganz anderes Verhältnis heraus. Es zeigt sich, daß die Kriminalität für Christen und Juden eines bestimmten Berufs fast gar keine Unterschiede auf- weist. Luz hat sich bemüht, ein jedes Verbrechen nach diesen Gesichtspunkten zu prüfen und kommt zu dem Schluß der wesent- lichen Gleichartigkeit der Juden mit den übrigen Menschen in bezug auf die Veranlassung zu Verbrechen. Somit bietet seine Broschüre ein treffliches Nützzeug zur Bekämpfung derjenigen antisemitischen Behauptungen, mit denen man die Forderung von Ausnahmegesetzen für die Juden zu begründen versucht, weil sie angeblich grundverschiedene Geschöpfe von den Deutschen und anderen europäischen Völkern seien.

An der Wende. Humoresken und Satiren, Geschichten aus dem Leben. Von Klaus Kraus, Berlin 1893. Verlag von Johann Sassenbach, Berlin N., Invalidenstr. 145. Preis 75 Pfg.

Das unterhaltende Wächlein zeigt, daß der Verfasser ein helles Auge für das Volksleben und guten Humor besitzt. Er steht auf dem Boden des Sozialismus und der materialistischen Weltanschauung; die Erzählungen und Schilderungen sind von humanistischem Geiste durchdrungen. Die Tendenz zeigt sich nirgends gesucht und aufdringlich.

Um ein Königreich und andere Geschichten. Von Leon Rosen- zweig. Wiesbaden, Verlag von H. Sabowky, 1893. Mehrere Erzählungen, deren Schauplatz der Südosten Europas, Ungarn, Rumänien u. s. w. ist. Größere Bedeutung, als die der stüchtigen Unterhaltung, können wir denselben nicht beilegen.

Was ist Krankheit und wie heilen wir? Von Dr. Franz Bachmann. Berlin SW. Verlag von Hugo Steinig.

Diät und Wegweiser für Diätarme. Von Dr. Paul Berger. Berlin SW. Verlag von Hugo Steinig.

Das Evangelium des Gottesläugners. Von Otto Wichers von Gogh. Berlin. Magazin für Volksliteratur F. Darnisch u. Co. Preis 30 Pfg.

Devischen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Quenos-Ayres, 23. November. Hier wurden 3 spanische Anarchisten verhaftet. Die sozialistischen Versammlungen sind verboten worden.

(Devischen des Bureau Herald.)

Mailand, 29. November. Bei dem in der vergangenen Nacht unweit von Mailand erfolgten Zusammenstoße des Schnell- zuges Venedig-Wien mit einem Güterzuge wurde die eine Ma- schine vollständig zertrümmert. Vier Personenwagen sind ver- brannt, 40 Personen wurden getödtet, viele verwundet.

Essen a. d. Ruhr, 29. November. Am nächsten Sonntag findet hier selbst nach langer Pause wieder eine Bergarbeiter-Ver- sammlung statt. Auf der Tagesordnung steht die Lohnfrage und der Streik.

Semlin, 29. November. Großer Schaden wird durch das Auftreten der Flusse Donau und Save angerichtet. Die Be- wohner der Ortshafst Borca mußten sich vor den Fluthen auf Räthen retten.

London, 29. November. Trotz des ergangenen Verbotes zeigen die Anarchisten an, daß ihr Meeting in Trafalgar Square am Sonntag stattfinden werde, um damit die Redefreiheit zu be- kräftigen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 29. November 1893, 1 Uhr.
Am Bundesratsstische: Graf v. Caprivi, v. Bötticher, Graf v. Posadowsky, Miquel, Hollmann.

Präsident v. Lepow: Meine Herren! Das Haus war gestern schmerzhaft berührt und tief entrüstet über die Nachricht von dem Versuch eines Attentats auf den Herrn Reichskanzler. Heute ist die Kunde hinzugekommen, daß ein ähnlicher verbrecherischer Versuch auf Se. Majestät den Kaiser unternommen ist. Ich glaube, ich spreche in Ihrer aller Namen, wenn ich erkläre, daß das Haus nicht nur diesen Versuch auf das schmerzlichste bedauert, sondern auch in allerhöchstem Grade darüber entrüstet ist, und daß es Gott dankt dafür, daß dieser Versuch weitere üble Folgen für Kaiser und Reich nicht gehabt hat. (Beifall.)

Der schleunige Antrag des Abg. Auer wegen Aufhebung mehrerer gegen den Abg. Buch schwebender Strafverfahren wird ohne Debatte genehmigt.

In der Fortsetzung der ersten Beratung des Etats für 1894/95 und des Anleihegesetzes erhält das Wort

Abg. Müller (nl.): Herr Richter ist von einem Grundirrtum bei seiner Ausführungen ausgegangen, den ich bei einem solchen Kenner der Etatsverhältnisse nicht erwartet hätte; er hat nämlich angenommen, daß die Mehreinnahmen der preussischen Staats-Eisenbahnen einen Reinerüberschuss von fünfzig Millionen ergeben. Wenn wirklich 5 Millionen mehr aus den Perronbillets, den Zuschlagskarten, den Plakaten etc. eingenommen, so würden die übrigen 45 Mill. nur einen Brutto-Überschuss darstellen, während sich höchstens die Hälfte als Netto-Überschuss ergeben würde. Redner wendet sich dann gegen den Bebel'schen Vorschlag der Reichs-Einkommensteuer, die durchaus nicht im Stande sei, die Ausgaben des Reiches zu decken. In Bezug auf die Dienstalters-Zulagen der Unterbeamten auch bezüglich der Postbeamten schliesse ich mich den Ausführungen des Abg. Fröhen an.

Die Forderungen für Kolonialzwecke werden meine Freunde einstimmig bewilligen; wir wollen die kolonialen Unternehmungen sicher stellen und dazu sind Verstärkungen der Schutztruppen notwendig.

Früher ist auch schon die Frage aufgeworfen worden, ob nicht die Uniformierung der Arme vereinfacht werden könne, schon deshalb, weil die Unansehnlichkeit der Uniform für den Krieg notwendig ist zum Schutze der Soldaten. Wahrscheinlich erschreckend aber ist das kolossale Anwachsen des Pensionsetats.

Bei uns ist kein Zweifel darüber, daß die Vorgänge in Hannover im hohen Grade bedauerlich sind; wir wissen auch, daß noch anderweitig derartige Dinge vorkommen. Darin bin ich mit dem Kriegsminister einverstanden, daß die jungen Leute nicht allzu hart beurteilt werden dürfen. Aber wenn es sich an anderen Orten nicht um Verführte, sondern um solche gehandelt hat, die den Verführer ziemlich nahe gestanden haben, so muß mit der äußersten Strenge vorgegangen werden.

In Bezug auf die Militärgerichtsbarkeit besteht seit langem der Wunsch nach einer Reform. Vertrauen zur Militärgerichtsbarkeit wird das Volk nur haben, wenn das Verfahren ein öffentliches ist, und was in Wagnern geht, muß bei uns auch gehen. Das aber in Wagnern das Vertrauen des Volkes zur Militärgerichtsbarkeit ein größeres ist als bei uns, ist offenbar. Im Marine-Etat ist uns diesmal eine Zurückhaltung entgegengetragen, wie wir sie lange nicht erlebt haben. Wir danken der Stelle, welche die Gefühle der Parteien, die sonst die Regierung mit Freuden unterstützen, richtig verstanden hat. Die Kosten der Indienststellung werden wir genau prüfen müssen. Das Notwendige werden wir bewilligen müssen, soweit es zum Schutze deutscher Interessen im Auslande erforderlich ist.

Mit dem jetzigen Verfahren in Bezug auf die Reichsschulden müssen wir unter allen Umständen brechen, und mit einem Teile meiner Freunde theile ich die Ansicht, daß wir klüger thun würden, von der Steuerreform in diesem Jahre Abstand zu nehmen. Ein Teil meiner Freunde ist der Meinung, daß Tabak und Wein Objekte sind, welche eine Steuer tragen können. Aber bezüglich des Tabaks liegen doch besondere Umstände vor. In Deutschland werden so viel Hände durch den Tabak beschäftigt wie in keinem anderen Lande der Welt; wir rauchen die leichtesten Tabake, wir haben einen Massenkonsum, wie sonst nirgendwo. Durch die Besteuerung wird eine Verminderung eintreten bezüglich des zu konsumierenden Quantums, und darin liegt die Schwierigkeit. Die Tabakfabrikanten stellen Behauptungen auf, die übertrieben und wenig begründet sind. Aber wenn der Konsumrückgang nur auf 1/3 geschätzt wird, so dürfte das doch zu gering berechnet sein. Wenn es wirklich wahr wäre, daß der Rückgang bis zu 80 pCt. betragen würde, so würde ich für die Tabakfabrikanten in der jetzigen Form nicht zu haben sein. Gerade in der Tabakindustrie haben wir Verhältnisse, die sozial ziemlich ungünstig sind. Wir sehen in meiner Heimat kleine Häuschen im Besitz von Tabakarbeitern zu hunderten entstehen. Das Alles würde auf das Spiel gesetzt werden, wenn die Tabakindustrie geschädigt wird durch die Steuer. Der größere Teil meiner Freunde theilt meine Anschauung allerdings nicht. Wem liegen die Dinge noch schlimmer. Die Wehrzahl meiner Freunde ist der Meinung, daß das Gesetz in seiner jetzigen Form schwer annehmbar ist. Das veratorische Eindringen in die Privatverhältnisse ist bedenklich und auch das Werthsteuersystem verdient eine ernsthafte Untersuchung. Es fehlt an jeder Statistik über die Werthverhältnisse des Weines ebenso wie des Tabaks. Wenn wirklich die geringwertigen Tabaksorten eine so große Menge des Konsums bilden, dann wird es sich fragen, ob die Möglichkeit, die besseren Tabaksorten etwas stärker zu besteuern, wirklich noch so viel werth ist, daß man alle die Moleken auf sich nehmen muß, welche mit der Tabak- und der Weinsteuer verbunden sind; denn, wenn der Ertrag ebenso gering sein sollte wie z. B. der Finanzminister bezüglich einer Reichs-Einkommensteuer ausgerechnet hat, dann lohnt es nicht, die Kontrollmaßregeln zu treffen. Die Stempelsteuer ist ein Ausfluß des alten Konzeptionsrechts des Staates für Aktiengesellschaften; es ist dagegen nicht viel einzuwenden. Aber zur Quittungs- und Frachtbrief-Steuer sollte man doch erst im Augenblick der höchsten Noth greifen. Bei der Lotterie könnte man vielleicht das mehr nehmen, was man an anderer Stelle nachläßt. Was von dem vorgelegten Steuerbouquet zu genehmigen ist, muß ja der Kommission überlassen bleiben. Auch unter meinen politischen Freunden ist ein sehr erheblicher Theil, der das Steuerbouquet nicht so annehmen wird, wie es vorgelegt ist, welcher andere Steuern für zweckmäßiger hält. Einige halten eine Erbschaftsteuer für nützlich und notwendig, während ich in dieser Beziehung auf Seiten des preussischen Finanzministers stehe; andere treten für die Wehrsteuer ein, die anderwärts mit Erfolg durchgeführt ist. Für Luxussteuern könnte ich mich auch erwärmen, wenn ich nicht der Meinung wäre, daß damit sehr wenig auszurichten sein wird. Herr Gröhenberger hat uns allerdings einmal von einer Guisepogensteuer 20 Millionen Einnahmen versprochen. Ich habe das als Jokus bezeichnet, bin aber bereit, Luxussteuern zu bewilligen, sobald Dinge zur Besteuerung vorgeschlagen werden,

die einen erheblichen Ertrag bringen. Wir sind verpflichtet, den Etat eingehend zu prüfen und für die Deckung der Kosten der Militärvorlage zu sorgen. Was darüber hinausgeht, müssen wir der Zukunft überlassen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Kaufmann (Südd. Volkspartei): In der Thronrede wird von den guten Beziehungen zu anderen Mächten gesprochen. Aber es kann diesen guten Beziehungen nicht dienen, wenn bei den wirtschaftlichen Verlegenheiten, in welchen Italien sich befindet, offiziöse Blätter davon sprechen, daß Italien durch Reduzierung seiner Armee aus den Reichen der Großmächte verschwinden würde. Im Interesse des Dreibundes können wir nur wünschen, daß man sich aller solcher Drohungen und aller un-nützen Rathschläge Italien gegenüber enthält. (Zustimmung links.) Wenn Frankreich eine finanzielle Revanche gegen Italien geübt hat, so wäre es besser gewesen, wenn der deutsche Geldmarkt zur Hilfe gekommen wäre, das war aber nicht möglich, weil der Geldmarkt durch die Militärpolitik, durch die großen Anleihen des Reiches u. s. w. in Anspruch genommen war. Diese Ueberspannung militärischer Anforderungen war kein Ausfluß einer weisen und staatsmännischen Politik. (Zustimmung links.) Jetzt weiß man gornicht einmal, was man mit den befreiten Sklaven anfangen soll. Die Kinder werden den Missionen übergeben auf Kosten des Reiches; was man aber mit den erwachsenen Sklaven anfangen will, ist nicht gesagt. Es bleibt vielleicht nur übrig, sie in die Schutztruppe einzustellen, wobei mir allerdings fraglich bleibt, ob diese Freiheit ihnen lieber ist, als ihre frühere Sklaverei. Die Zeitschrift über die Kolonien sagt, daß man nicht bloß den Küstenrich, sondern das ganze Gebiet beherrschen müsse. Das ist ein Wechsel auf 100 Millionen. Es ist erreglich, daß der Polizeipräsident Feichter entlassen ist; vielleicht wäre es noch wirksamer gewesen, wenn die Entlassung sofort nach der Beschwerde erfolgt wäre. Die Regierung sollte nur auch den Wünschen der Elässer entgegenkommen in Bezug auf die freiere Befehlsgebung und das Aufgeben der alten französischen Ausnahmegeetze; sie sollte nicht erst auf die Anträge der Elässer warten. Es ist ein Irrthum der Thronrede, daß der freudige Empfang des Kaisers bei den Wandern eine Zustimmung zur Militärvorlage bedeuten könne; die Militärvorlage würde heute nach Kenntnis der Steuerentwürfe wahrscheinlich mit viel größerer Mehrheit abgelehnt werden als am 6. Mai. Ich freue mich, daß die Regierung auf die Stimmen der Bevölkerung hört. Die Regierung sollte die Reform der Militär-Strafprozedur gewähren, dann würde der Kaiser noch ganz anders im Süden empfangen werden. Die Sprache des Herrn Kriegsministers war eine eigenthümliche, daß diejenigen, welche Kritik an den Vorgängen in Hannover übten, auf die Anklagebank gehören. Solche Anschauungen führen uns schließlich zu wahren „Suprema lex“ Zuständen. (Zustimmung.) Die Pensionierung von Offizieren ist auch eine Frage, welche der Reform bedarf. Von den Justizreformen, von der Entschädigung der unschuldig Verurtheilten und von der Wiedereinführung der Berufung enthält die Thronrede kein Wort. Die Finanzlage bietet keinen Grund, neue Direktorenstellen zu schaffen und für die Marine große Ausgaben zu machen.

Die Weinsteuern sind die schlimmste Last der Landwirtschaft auf das ländliche Leben. Das ist ein Bruch mit der Forderung des Reichskanzlers, daß die Landwirtschaft nicht belastet werden soll. Eine solche Steuer kann man nur vorschlagen, wenn man keine Ahnung hat von dem Nothstande der Winzer infolge zahlreicher Mißernten. Ich hoffe aber, daß die Weinsteuern schon begraben ist; in den Worten des Finanzministers, daß diese Frage wenigstens dem Reichstage vorgelegt werden müsse, liegt wohl auch schon eine gewisse Resignation. Die Tabaksteuer bringt eigentlich von hinten herum das Monopol; denn die kleinen und mittleren Unternehmer gehen dabei zu Grunde und brauchen nachher nicht entschädigt zu werden. Wunderbar war die Aeußerung des Reichschatzsekretärs: Wer haar bezahlt braucht keine Quittung. Ich habe immer das Gegenheil gefunden, wer nicht haar bezahlt, braucht keine Quittung. (Sehr richtig! links.) Der Reichschatzsekretär scheint keine Erfahrung im Geschäft zu haben, und bevor er diese nicht hätte, hätte man ihn nicht in dieses Ressort berufen sollen. Das Reich hat nichts gethan, um den Mittelstand zu stützen; es hat ihn geschwächt. Die kleinen Brennereien sind vernichtet; die Invalidenversicherung überlastet den Mittelstand. Beim Tabak will man nun auch den Mittelstand vernichten und auch der Quittungs- und Frachtbrief-Stempel trifft hauptsächlich den Mittelstand. Es ist nicht gut für die Achtung des Reiches beim Volke, wenn man obdies Steuern im Reich einführt. Die Schaffung des Sammelbusses, welches geplant ist, wird einen verwirrenden Faktor in unsere Finanzverhältnisse bringen; man wird sich leicht daran gewöhnen, neue Ausgaben auf diesen Fonds anzuweisen. Wir verlangen die Einschränkung der Steuern auf den Bedarf, der in der Subjet-Kommission im vorigen Jahre als notwendig festgestellt ist. Jeden darüber hinausgehenden Mehrbetrag lehnen wir ab und verlangen erhebliche Abstriche beim Etat. Was fehlt, ist zunächst aufzuheben durch die Steuerprivilegien, und wenn das nicht ausreicht, dann lieber auf die Matricularbeiträge zurückgreifen als auf solche Steuern, wie sie jetzt vorgelegt sind, dann werden wenigstens mehr die wohlhabenden Klassen getroffen. Das glauben wir schuldig zu sein den Versprechungen, welche nicht wir, sondern die Regierung den Wählern gegeben hat. Wie muß es auf das Vertrauen des Volkes wirken, wenn die Steuer, auf die man nicht zurückkommen wollte, nach einem halben Jahre vorgelegt wird. Das ist nicht staatsmännisch, nicht solide; die Schwierigkeiten hätte man sich früher klar machen müssen. Es ist kein Zeichen einer starken Regierung, daß die Gegner der Handelsverträge so mit Sammethandschuhen angefaßt werden. Das Kopfschütteln ist fast eine nationale Beschäftigung des verdorrten Volkes geworden. Ich möchte, daß die Regierung danach gehen würde, über ein zufriedenes Volk zu regieren.

Generalmajor von Spitz: Der Vorredner hat das Auftreten des Kriegsministers als ein solches bezeichnet, wie es noch nie dagewesen ist. Der Kriegsminister ist erkrankt und daher nicht anwesend; in seiner Vertretung habe ich zu erwidern: Von einem Mitgliede dieses hohen Hauses würden die unliebsamen Vorgänge in Hannover, die jeder anständige Mann in der Armee nicht bloß, sondern auch außerhalb derselben auf das tiefste beklagt und verurtheilt, benutzt, um einen schweren Vorwurf gegen das preussische und deutsche Offizierskorps zu schleudern, daß er Zweifel daran haben müsse, ob sie ihrer Aufgabe gewachsen, d. h. ob sie brauchbar seien. Das preussische Offizierskorps hat vor anderen Kräfte nie bestanden, als vor denen eines Parteiannes. Es hat ein gutes Zeugniß ausgestellt erhalten (Widerstand links). Zureuf: Jena! Es ist durch nichts erwiesen, daß dieses Urtheil, wenn es wieder herausgefordert würde, ein anderes sein würde. Der Kriegsminister, der eine so unglückliche Beweisaufnahme aussprechen hörte, hat nur seine Stellung wahrgenommen, wenn er diese Verleumdung auf das Schärfste und in gebührender Weise zurückgewiesen hat. (Zustimmung rechts.)

Schatzsekretär Graf Posadowsky: Es wird von einer feierlichen Erklärung der Regierung gesprochen, daß die Tabaksteuer nicht zur Deckung der Militärkosten benutzt werden sollte; es wird der Regierung ein gewisser Widerspruch in ihrer Haltung vorgeworfen. Man hat die Steuern auf Bier, Branntwein und

die Börse nicht bewilligt und unter diesen veränderten Verhältnissen mußte auf den Tabak zurückgegriffen werden.

Finanzminister Miquel: Wir wollen abwarten, wie sich die württembergischen Finanzen stellen werden, wenn im Reich keine Steuern bewilligt, sondern die Matricularbeiträge schwan-kend und steigend die württembergischen Finanzen belasten. Herr Richter hat in geschickter Weise mit Zahlen manipuliert und nachzuweisen versucht, daß die eigenen Einnahmequellen des Reiches Mehreinnahmen geben zur Deckung der Militärkosten. Als die Ausgaben für das Militär gefordert wurden, da stellte er die Einnahmen als beschränkt und schwach dar; da machte er alles dichter. Jetzt bei der Deckung fließt der Born der Einnahmen auf einmal sehr reichlich. (Weiterkeit. Zureuf Richter's: Sie machen es umgekehrt!) Auf Luxusabgaben würde ich gern eingehen, wenn wir nur handgreiflichere, ertragreiche Vorschläge hätten, die leichter durchführbar wären, als die jetzigen Regierungsvorlagen. Wenn der Reichstag eine einfachere Weinsteuern will, so werden die verbündeten Regierungen sich unterwerfen. Herr Bebel war der einzige, der einen positiven Vorschlag gemacht hat mit seiner Reichs-Einkommensteuer. Herr Richter rief mir gestern zu: England erhebt keine Salzsteuer, keine Zuckersteuer. Das ist richtig; aber es erhebt sehr viel mehr indirekte Steuern als Deutschland. Bei uns stehen direkte und indirekte Steuern im Verhältnis von 27:73, in England wie 19,87:80,13, in Frankreich wie 18:81, in den Niederlanden wie 27:72. Erwägen Sie, daß bei uns die direkten Steuern durch kommunale Zuschläge belastet werden, (Zureuf Richter's: in England auch!), während in Frankreich die Kommunen auf Verzehrungssteuern angewiesen sind. Ebensovienig wie Bebel's Einkommensteuer im Reich durchführbar wäre, ist es eine Vermögenssteuer, weil überall noch in Deutschland die Brutto-Realsteuern bestehen, die wir in Preußen aufgehoben haben, um eine richtige Einkommenbesteuerung herbeizuführen. Eine Erbschaftsteuer neben einer Vermögenssteuer würde eine Doppelbesteuerung sein, die ich von sozialpolitischen Schriftstellern noch niemals habe empfehlen hören, die auch nirgends besteht. Ich möchte bitten, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß im Reich die direkte Steuer bei Seite gelegt wird. Es mag viele geben, die gern die Militärausgaben durch die Einkommensteuer decken möchten, aber es ist unmöglich; man mag es beklagen oder nicht beklagen, man mag es in Mahlvorstellungen in Aussicht gestellt haben oder nicht. Ich bitte Sie deshalb, auf diesen Gedanken endgiltig zu verzichten und sich auf den praktischen Boden der Regierungsvorlage zu stellen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff (Rp.): Herr Kaufmann und Herr Richter übersehen ganz, daß die heutige finanzielle Verlegenheit hauptsächlich dadurch hervorgerufen ist, daß Sie (links) durch Annahme der Handelsverträge dem Etat ein Defizit von etwa 80 Millionen Mark zugefügt haben. Der Gedanke der direkten Reichs-Einkommensteuer wird wohl von Herrn Bebel nach der Aeußerung durch den Finanzminister nicht mehr vertreten werden (Auf links: abwarten!). Seine Vorschläge waren ja in der That nicht so extravagant wie sonst diejenigen seiner Partei; es hat mich auch gefreut zu hören, daß er sich bis zu einem gewissen Grade als Schutzpöller entpuppt hat. (Weiterkeit.) Die Angriffe Bebel's gegen die Tabaksteuer-Vorlage waren ganz außerordentlich übertrieben. Die Entvölkerung des platten Landes, die Verarmung des platten Landes, das sind Sonderinteressen, wenn wir diese Erscheinungen geltend machen; die Interessen der Tabakinteressen aber, von denen vorgetragen, sind allgemein vaterländische Interessen. Wenden muß ich mich gegen eine Aeußerung der gestrigen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, welche in ganz unqualifizirbarer Weise gegen den Bund der Landwirthe vorgeht. Ich gebe dagegen namens meiner Partei folgende Erklärung ab: „Die Mitglieder der Reichspartei, welche dem Bunde der Landwirthe angehören, haben die Ueberzeugung, daß, wenn auch der Bund der Landwirthe zur Zeit Maßnahmen der Regierung zum Gegenstande einer Kritik zu machen sich verpflichtet hält, die Mitglieder des Bundes ihre Königstreue nicht besser zu betheiligen glauben, als wenn sie die Bestrebungen unterstützen, welche darauf gerichtet sind, jenen Stand lebensfähig zu erhalten, welcher zu allen Zeiten die treueste Stütze der Monarchie gewesen ist und für alle Zeit bleiben wird.“ (Beifall rechts.) Gegen die Tabakagitation ist die ganze land-wirtschaftliche Agitation das reine Rindespiel. (Lachen links.) Die Landwirthe, die sich in ihrer Noth zusammengefunden haben, um sich zu helfen, werden in einer Weise von links und von der Regierung angegriffen, die uns tief betrübt. Wir werden uns aber darin nicht irren lassen. Agitation ist eine notwendige Folge des allgemeinen direkten Wahlrechts. So lange Fürst Bismarck am Ruder war, konnte man sich damit begnügen, die Politik dieses Staatsmannes zu unterstützen. (Lachen links.) Graf Caprivi wird selbst das Ansehen für sich nicht in Anspruch nehmen, welches Fürst Bismarck genossen hat und genießt. Ich weiß nicht, ob Graf Caprivi mit einigen hundert Antisemiten lieber regieren will als mit uns; aber das würde der Erfolg sein, wenn wir uns von der Agitation ganz zurückziehen. (Hört! hört! links. Abg. Richter: Das ist ja sehr interessant!) Nichts kennzeichnet die Agitation gegen uns treffender als die Legende von der Liebesgabe. Diese Legende hat es verursacht, daß die Fortschrittspartei bis auf wenige Mitglieder aus dem Abgeordnetenhaus verschwunden ist. (Lachen links.) Solche Agitation rächt sich selbst: „Liebesgabe!“ Sie wissen sehr gut, wie die Sache zusammenhängt; die höhere Steuer ist als Strafe bei der Kontingenzstrafe festgesetzt worden. (Große Weiterkeit links.) Sie wollen die Liebesgabe aufheben, aber die Bedürfnisse des Volkes nicht belasten. Der Erfolg der Aufhebung wird sein eine Vertheuerung des Branntweins um 20 pCt. Dreiviertel aller Brennereien würden schließen müssen, wenige große Brennereien würden den Vorteil haben; für diese aber habe ich als Gegner des Kapitalismus kein Interesse. Die Weinsteuern lehnt Herr Bebel ab, während die Sozialdemokraten in der Wahlbewegung, z. B. in Breslau, in jeder Versammlung nach Besteuerung des Weines riefen. Ich kündige schließlich einen Antrag an, der noch in dieser Session von mir eingebracht werden wird. Die Ableistung der Dienstpflicht der Volksschullehrer kann in der bisherigen Weise nicht fortgehen. Die Lehrer dürfen nicht mit Haß, sondern müssen mit Begeisterung für die Arme erfüllt werden; das ist aber bei dem bisherigen Verfahren unmöglich. Die Sache muß so geordnet werden, daß man ihnen die Wahl läßt, ob sie in den 6 Wochen sich als Krankenträger ausbilden lassen oder die volle zweijährige Dienstzeit ableisten wollen.

Abg. Richter: Herr v. Kardorff hat sich als Gegner des Kapitalismus bezeichnet und gemeint, wenn er und seine Freunde nicht Opposition machten, würden es hundert Antisemiten thun. Das ist richtig; die Konservativen sind die richtige Vorhut des Antisemitismus; die Antisemiten haben auch nur konservative Wahlkreise erobert. Herr v. Frege hat auch eine antisemitische Wendung gebraucht und von der Judenschutztruppe von Richter bis Bebel gesprochen, welche zum Streite der Protestanten und Katholiken Mißth macht. Da hätte Herr v. Frege sich nur nicht mit seinem Christenthum brüsten sollen. Es ist kein Christenthum, welches aus Reid und Haß religiösen Haß stiftet. Der reine Antisemitismus muß dabei schließlich zu der Parole kommen: gegen Juden und Junker. Das Vorhandensein einer Liebesgabe

bestreitet Herr v. Kardorff, sind denn die 20 M., welche für die Verrechnungsscheine gezahlt werden, wirklich Geld oder nicht? Die Lage der Landwirtschaft ist durchaus nicht ein Grund gegen die Handelsverträge. Der Ausfall an Jolleinnahmen wird nicht so bedeutend sein, als man annimmt. Herr Miquel hat behauptet, daß 97 Prozent der preussischen Einkommensteuer von Steuern von 900—8500 M. Einkommen aufgebracht werden. Ich finde in der offiziellen Statistik ganz andere Zahlen und ich würde bitten, daß der Finanzminister einmal ausrechnen möge, wieviel die Steuer ergibt, wenn wir von 6000 Mark Einkommen ab eine progressive Einkommensteuer von Reichswegen einführen wollten. In der Militärkommission haben wir aus dem Munde der Reichsregierung erfahren, daß die Finanzen des Jahres 1894/95 nicht maßgebend sein würden für die Finanzen des Reichs. Als die Militärvorlage noch nicht im Hafen war, waren die Schilderungen der Regierung rosig. Jetzt ist man pessimistisch geworden. Wir bewilligen nichts mehr als notwendig ist; auf Zulustreformen, deren Tragweite wir nicht übersehen können, lassen wir uns nicht ein. Ich will mich von der Mitverantwortung für die Militärvorlage und deren Kosten nicht befreien; ich bedaure das Vorurteil nicht und würde es, wenn es möglich wäre, noch heute wiederholen. Aber daraus folgt noch nicht, daß ich nun mit dem Finanzminister durch Dick und Dünn gehe. Es ist immer so dargestellt worden, als wenn wir sonst immer erst die Steuern und dann die Ausgaben bewilligt hätten. Das ist nicht richtig. 1887 hat die ganze Linkse mit Ausnahme der Sozialdemokraten jeden Mann und jeden Groschen bewilligt, die Brantweinsteuer kam erst nachher. Das zum Schutze der Küsten Nothwendige muß bewilligt werden, ebenso das, was nothwendig ist für den auswärtigen Dienst in normalen Zeiten. Aber große Hochseestellen für große Kämpfe mit großen Seemächten, dazu können wir uns nicht verstehen. Ich hatte die Absicht, über die großen Panzerschiffe etwas Ähnliches vorzubringen wie Bebel. Die Aufhebung der Matricularbeiträge und der Ueberweisungen hätte ich verstanden; aber was bedeutet die Finanzreform? Woju soll der Referendatsdienst? Hier wird sich Herr Miquel keine Vorbeeren holen. Preußen soll 70 Millionen Besitzt haben. Das hat mich nicht gewundert, wir haben schon 80 und 90 Millionen Ueberschüsse gehabt; denn die Militärdienstverpflichtung bei den Eisenbahnen, die Einnahmen aus den Bergwerken u. s. w., alles das giebt bei 5 pCt. Mehrertrag schon einen hübschen Ertrag, das „flucht“, wie wir in Preußen sagen. Von der Erbschaftsteuer, die er selbst vorgeschlagen hat, will der Finanzminister Miquel nichts wissen. Wir werden an dem Gedanken einer direkten Reichsteuer zur Deckung der Militäraufgaben festhalten. 1889 sagte der Herr Miquel im Herrenhause — es war am 1. April (Große Heiterkeit), ja ist das ein Zufall? — Herr Miquel warnte davor, auf eine Vermehrung der indirekten Steuern im Reich, die hauptsächlich von den Arbeitern getragen würden, sei nicht mehr zu rechnen; das sei sehr schwer durchzusetzen. Also wägen wir doch die Kosten auf die stärkeren Schultern, namentlich da die Vertreter der Börse in Berlin sich dazu bereit erklärt haben, da auch die Großindustriellen des Rheinlands im Gärzenthum das feierlich vor dem Volk gelobt haben. Wenn man in Preußen die Einkommensteuer mit der Deklaration und die Vermögenssteuer durchgebracht hat, da sollte Herr Miquel eine Reichs-Einkommensteuer von den Einkommen über 6000 M. nicht durchbringen können? Dieses Armuthzeugnis wird Herr Miquel sich doch nicht selbst ausstellen! (Heiterkeit.) Ich habe das staatsmännliche Talent des Herrn Miquel höher taxirt; er mußte voraussehen, daß dadurch das Volk unzufrieden gemacht wird, daß die Regierung sich selbst den Boden im Volke abgräbt, namentlich da die Regierung keine Reformen für das Volk gebracht hat; ich weise auf die Reform des Militär-Strafprozesses hin.

Finanzminister Miquel: Wenn Herr Ridert meint, ich hätte die Zahl der Steuerpflichtigen irrig angeführt, so ist das wohl eine Verwechslung mit der Summe des Einkommens, welches die betr. Steuerpflichtigen versteuern und der Zahl der Steuerpflichtigen. Ich habe gesagt, über 97 pCt. aller Steuerpflichtigen Steuern von 900—8500 M. (Abg. Ridert: Darauf kommt es nicht an.) Darauf kommt es wohl an, denn diese Menschen zahlen nach ihren Kräften, und wenn wir diese 97 pCt. mit der Einkommensteuer treffen, so ist das allerdings eine schwere Belastung. Von dem gesammten Einkommen der Einkommensteuer brachten in Preußen auch in den Stufen von 900—6000 M. (im Jahre 1891) 59,04 pCt., im Jahre 1892 dagegen 44,92 pCt.; in den Stufen von 6000—9500 M. 1891/92 9,98 pCt., 1892/93 9,78 pCt.; in den Stufen von über 9500 M. 1891/92 30,98 pCt., 1892/93 45,30 pCt. 1887 habe ich dieselben Einwendungen gegen die Durchführbarkeit der direkten Reichsteuer gemacht wie heute.

Darauf verlegt sich das Hand. Persönlich verwehrt sich Abg. Bebel gegen die Unterstellung, als habe er sich einen Schutzjünger besonnen. Er habe neulich nur ausgeführt, daß er und seine Freunde keine prinzipiellen Gegner der Zölle seien, sondern in jedem einzelnen Falle erwägen wollen, ob und in welcher Höhe ein solcher Zoll nothwendig sei. Dieser Standpunkt bedede sich auch mit dem Parteiprogramm.

In einer persönlichen Bemerkung wendet sich Abg. Dausmann gegen den Finanzminister Miquel. Auf eine Anfrage des Abg. Graf Hompesch (Z.) erklärt Präsident v. Levetzow, daß seine Absicht sei, den nächsten Tag nach Beendigung der Etatsberatung als Schwermetag zu verwenden.

Schluß 5V, Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag Fortsetzung der ersten Beratung des Etats.

Tokales.

Achtung! Die Parteigenossen, die sich am Tage der Stichwahl im 9. Kommunal-Wahlbezirk zur Verfügung stellen wollen, werden ersucht, sich am Freitag, den 1. Dezember, früh 8 Uhr, bei Hising, Velleallianzstr. 74, einzufinden. Der Gegner hat einen Vorsprung von 130 Stimmen; dies Resultat ist auf die geringe Theilnahme bei der Hauptwahl zurückzuführen. Parteigenossen, thut Eure Schuldigkeit; es gilt nun, am Stichwahltag die sämmtlichen Wähler zu holen; es sind dazu die Kräfte aller Berliner Wahlkreise erwünscht, denn nur durch Ausbuchtung aller Kraft können wir den Sieg an unsere Fahne heften.

Das Wahlkomitee.

Zur Stichwahl im 29. Kommunal-Wahlbezirk. Parteigenossen, welche bei der am Freitag, den 1. Dezember, im 29. Kommunal-Wahlbezirk stattfindenden Stichwahl Hilfe leisten wollen, werden dringend ersucht, sich heute, Donnerstag Abend 8 Uhr bei Spat, Weinstr. 28, einzufinden.

Die Wirkung der gegen die Charite gerichteten Bewegung. Die Frage des Neubaus der Charite beschäftigte am Montag Abend die im Hygienischen Institut verammelte Deutsche Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege. Generalarzt Dr. Schaper, der neue ärztliche Direktor der Charite, legte der Gesellschaft einen vollständigen Plan mit Kostenanschlag für die Neugestaltung des Krankenhauses vor. Danach soll das bisherige 62 Morgen große Charitegrundstück mit Einschluß des an der Hannoverischen Straße gelegenen Kirchhofs auch für die neue Anlage beibehalten werden, weil eine Verlegung nach außerhalb zu große Erschwernisse für die Kranken, besonders aber auch für den klinischen Unterricht mit sich bringen würde. Wedner hält das alte Grundstück für groß genug, wenn man die Charite umgestaltet und die Zahl der Betten von 2000 auf 1800 herabsetzt, was wohl möglich sei, sobald das geplante vierte städtische Krankenhaus mit seinen 1500 Betten vollendet ist. Die Lage und die sonstige Beschaffenheit des Grundstücks sind

nach Schaper's Ansicht für die Weiterbenutzung von Krankenhäusern zweckmäßig geeignet. Ein Theil der bisherigen Bauten sei auch für die neue Anstalt weiter zu benutzen, so das erst in den letzten Jahren errichtete Institut für Infektionskrankheiten, das Kinderhospital und die chirurgische Nebenabtheilung, an die nur Hörsäle und Arbeitsräume angebaut werden, ferner die gynäkologische Klinik und die Entbindungsanstalt. Von der neuen Charite soll der Mittelbau ganz entfernt werden, der östliche Flügel soll im Wesentlichen unverändert zur Klinik für Geschlechts- und Hautkrankheiten eingerichtet und auf den Grundmauern des Westflügels das neue Pathologische Institut aufgebaut werden. An stelle des jetzigen Instituts, d. h. in der Mitte der ganzen Anlage, soll Maschinenhaus und Küche kommen, die alte Küche zur Apotheke und zum Speisehaus der Ärzte umgewandelt werden. Ganz beseitigt wird die sogenannte „Alte“ Charite, das bisherige Hauptgebäude der Anstalt. Auf dem Platz derselben, bezw. auf dem Hof, den das bisherige Gebäude umschloß, soll ein Neubau für zwei innere Kliniken mit 268 Betten kommen. Es ist ein System von zweiflügeligen Pavillons geplant, die durch einen Mittelbau verbunden werden, an dessen beiden Enden die Hörsäle für die beiden Kliniken liegen. Für Kranke der inneren Abtheilung, die isolirt werden müssen, sollen neben dem Kochschen Institut zwei Baracken mit 32 Betten erbaut werden. Nördlich von dem Pavillonssystem kommen zwei kleinere Bauten, der eine für 48 Kinder und 20 Halbkranke, der andere für 60 Augenranke. Für die 3. innere Klinik, die zu einem medizinischen Ambulatorium ausgestaltet werden soll, projectirt man an der Schumannstraße einen Neubau, in dem zugleich Bureau und Kirche untergebracht werden sollen. Das chirurgische Ambulatorium kommt mit der orthopädischen Abtheilung und der Ocularklinik nach dem Luisenplatz zu liegen. Die vorhandene Effe'sche Baracke, sowie die im Garten aufgerichteten Döderschen Baracken dienen als Reserve. An der Luisenstraße ist das Direktorial-Wohnhaus, an der Schumannstraße ein Diakonissenhaus geplant. Die Abtheilung für Geistes- und Nervenranke soll getrennt von der Hauptanstalt auf dem alten Charitehof errichtet werden. Die gesammte Umgestaltung kann sich nach Schaper's Ansicht ohne erhebliche Störung des Betriebes vollziehen (7) und ohne das Nothwendige errichtet werden. Die Kosten des gesammten Umbaus berechnete Schaper unter Einschluß der inneren Einrichtung auf 6 480 000 M., oder auf 8 Mill. Mark, falls man noch einige Nachbarhäuser ankauft, um in ihnen Krankenzimmer 1. und 2. Klasse einzurichten. Die Dauer des Umbaus dürfte zehn Jahre in Anspruch nehmen. Wedner schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Staatsbehörden sich diesen Plänen geneigt zeigen möchten.

Da die Kulturaufgaben belänlich nicht leiden, wird man der Meinung der Staatsbehörden natürlich mit ruhigem Gemüth entgegengehen können. Die Charite wird schon menschenwürdig gestaltet werden, wenn nicht innerhalb der nächsten zehn Jahre zufällig der Molooh einige Hundertmillionen-Opfer verlangt.

Interessant ist bei dieser Gelegenheit eine Uebersicht über die Raumverhältnisse der Berliner Krankenhäuser. Ein Vergleich der Grundfläche der Berliner Krankenhäuser zur Zahl der Betten bietet gerade jetzt, wo die Krankenhäuserfrage akut ist, ein gewisses Interesse. Belänlich verlangen die Hygieniker für jedes Bett mindestens 100 Quadratmeter Bodenfläche. Es entfallen auf jedes Bett Quadratmeter Bodenfläche in Bethanien 176, im Friedrichshain 121, in Moabit 95, im Elisabethkrankenhaus 87, im Augustahospital 78, in der Charite 77, am Urban 57, im jüdischen Krankenhaus 30 und im Hedwigskrankenhaus 33.

Mithin entsprechen von den neun hauptsächlichsten Krankenhäusern Berlins nur zwei diesen nothwendigen hygienischen Anforderungen; nur zwei Anstalten giebt es in der Stadt der Intelligenz, von denen sich sagen läßt, daß sie dem Kranken den das zu seiner Wiederherstellung nöthige, den erforderlichen Luftraum bieten. Kann es für die Hauptstadt des Militärstaates Preußen eine klärende Ohrbeuge geben?

Ueber die Bevölkerung der Stadt Berlin im Jahre 1891 entnehmen wir dem eben erschienenen 18. Jahrgange des Statistischen Jahrbuches der Stadt Berlin (die Statistik von 1891 enthaltend) vorläufig die folgenden Angaben. Die Gesamtbevölkerung betrug Ende 1891 1 624 323 Personen (777 284 Männer, 847 039 Weiber), darunter 10 884 Militärpersonen. Innerhalb der ehemaligen Ringmauer wohnten 662 673, in den älteren Vorstädten (Weichbild bis 1890) 461 646, in den neueren Vorstädten (Einverleibungen seit 1861) 450 694 Personen. Im Alter von 0—15 Jahren standen 442 930, im Alter von 60 und mehr Jahren 84 226, im Alter von 15—60 Jahren 1 096 847 Personen, sodas rund 1 000 000 Personen in demjenigen Alter standen, welches man als das arbeits- und erwerbsfähige ansehen kann. Die Zahl der Geborenen betrug (einschließlich der Todgeborenen) 33 487, der Gestorbenen (ebenfalls einschließlich der Todgeborenen) 34 949, Politisch gemeldet wurden als zugezogen 192 550, als abgezogen 122 988 Personen, jedoch wird auf grund der Erfahrungen früherer Jahre die Zahl der Abgezogenen (einschließlich der nicht Abgemeldeten) noch um 13 000 Personen höher geschätzt. Wir werden unseren Lesern aus dem reichen Zahlenmaterial, welches auch manch' interessantes Streiflicht auf die wirtschaftliche Lage der hauptsächlichsten Bevölkerung wirft, weitere Mittheilungen machen.

Eine Ergänzungswahl zur Stadtverordnetenversammlung findet am 12. Dezember statt. Für den verstorbenen Stadtverordneten Binshtend hat die dritte Abtheilung des vierten Gemeindevahlbezirks bis Ende 1890 einen neuen Vertreter (Hausbesitzer) zu wählen. Die Wahllokale sind Leipzigerstr. 44 und Zimmerstr. 80. Am gleichen Tage findet in der zweiten Abtheilung für den doppelt gewählten Stadtverordneten Langerhans eine Ergänzungswahl statt.

Die Wiedereinführung der Polizeiverordnung vom 10. November 1893, betreffend die Einführung der weichen laktierten Hüte für die Führer von Droschken mit Fahrpreis-Anzeiger bezweckt das vom Vorstande des Vereins Berliner Droschkenfahrer an das Polizeipräsidium gerichtete Gesuch. In der Begründung desselben werden einige höchst charakteristische Momente angeführt. So heißt es in der Begründung z. B. wörtlich: „... Durch die Aufrechterhaltung dieser Verordnung werden den Droschkenführern ganz erhebliche Ausgaben gemacht, die mit dem Zwecke, welcher dadurch erreicht bezw. verfolgt wird, in gar keinem Verhältnisse stehen. Der Preis eines solchen Hütes beläuft sich auf mindestens 4 M. Das ergibt bei 2500 Droschkenführern — wir nehmen diese Zahl nur vorläufig an — die gesammten sein werden, sich einen solchen Hut zu beschaffen, 10 000 M. Diese 10 000 M. werden aus dem Droschkenfuhrwesen, das sowieso schon arg unter den wibrigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden hat — und daran ändert auch der Fahrpreis-Anzeiger nichts — herausgezogen und speculativen Fabrikanten in den Schoos geworfen und zwar ganz zwecklos. Wir dürften wohl nicht fehl gehen, wenn wir diejenigen Führer, welche ihre Droschken mit Fahrpreis-Anzeiger versehen haben, als auch die Fabrikanten dieses Apparates selbst als Urheber der zu Verordnungen betrachten. Nicht uninteressant dürfte es aber auch sein, zu erfahren, daß der Sequator der früheren „Taxameter-Gesellschaft“ am Nordhafen 3. ein Droschkenführer, welcher viele seiner Droschken mit Fahrpreis-Anzeiger montirt hat, noch eine erhebliche Anzahl solcher weiglaktirter Hüte liegen hat, die er auf solche Weise an den Mann zu bringen versucht. Diese Herren müßten dann aber auch, da sie doch augenscheinlich beibringt sind, ihren Fuhrwerken und Fabrikanten einen erhöhten Werth zu geben, diese Hüte ihren Kutschern vollständig unentgeltlich liefern. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Selbst wenn dies auch in ersten Augenblick den Anschein haben mag — da sie, wie wir hören, dieselben ihnen auf Abzahlung halten wollen —, so scheint dies jedoch nur so, denn derjenige Kutscher, der nicht so lange bei dem Fuhrherrn in Dienst ist, bis die

Matenzahlungen vollständig geleistet worden sind, kann nicht nur nicht in den Besitz des Hütes gelangen, sondern er geht sogar noch seiner Anzahlungen verlustig, und der Unternehmer macht auch hierbei noch immer ein gutes Geschäft. . . . Des weiteren wird die weisse Hutfarbe für ungewöhnlich gehalten und darauf hingewiesen, daß die Färbung der zur Probe ausgestellten Hüte von so geringer Qualität ist, daß sie nach kurzem Gebrauche einem schwarz laktirten Hute nicht mehr unähnlich sehen werden. Schließlich wird betont, daß die Droschken mit Fahrpreis-Anzeiger auch ohne weisse Hüte der Kutscher schon hinreichend von den anderen Droschken kenntlich und vor diesen bevorzugt seien.

Zu dem Verzeichniß der Preßkommissions-Mitglieder, das von dieser Tage veröffentlichten, wird noch berichtet, daß die Parteiversammlung das zweite Wahlkreise die Genossen Karl Gruschke, Bäckerstr. 68 und Knüpfer in die Preßkommission gewählt hat.

Der große Tamtam, den die Berliner Sensationspresse wegen des „Attentats“ auf den Reichskanzler und den Kaiser anschlägt, droht ein recht klägliches Ende zu nehmen. Was wirklich Gefährliches an der ganzen Nordgeschichte war, die man von gewisser Seite sogar den armen Tröpfchen von deutschen Anarchisten in die Schuhe zu schieben sucht, erhellet zur Genüge aus einer Mittheilung, die einem hiesigen Korrespondenzbureau von informirter Seite wird. Eine wirkliche Gefahr ist danach für die Person, welche das Rästchen öffnete, ziemlich ausgeschlossen gewesen, im ungünstigsten Falle hätte sich der Dessende infolge der Explosion Augenbrauen und Haare versengen können, umso mehr als der Mechanismus der Höllemaschine ein durchaus primitiver und mangelhafter war. — In dem Rästchen, welches für den Kaiser bestimmt war und das sofort vom Zivilkabinett, ohne daß man es öffnete, der politischen Polizei übermittlelt wurde, war das Pulver klüßig und naß, die Gefahr einer Explosion gänzlich ausgeschlossen. Die Gummischüre bestanden aus sogenannten Gummiringen, welche man in den Geschäften für Schnüre und Zusammenhalter kleiner Pakete verwendet. Die Gummischüre waren bereits derartig ausgeleert, daß der Bolzen sehr schwer hätte hervorschnellen können.

Also irgend ein Blödsinniger hat Unfug getrieben. Es wird der französischen Polizei ein Verleht sein, den Attentäter zu entdecken und ihn dahin zu bringen, wohin er gehört, ins Irrenhaus. Bezeichnend für die Bedeutung, die man offiziell der ganzen Geschichte beilegt, dürfte die Thatsache sein, daß der „Reichsanzeiger“ das „Attentat“ unter der Rubrik „Vermissliches“ abfertigt.

Ein Raubmord ist gestern Nachmittag zwischen 12 und 1 Uhr in Spandau auf dem Wege von der Treitstraße nach den Klosterruinen verübt worden. Ein 13jähriger Mädchen, in dem eine Tochter des in Valentinswerder wohnenden Schiffskapitän's Frank erkannt wurde, ist mit den Händen erwürgt worden, wie deutliche Spuren erkennen lassen. Der Thäter, dessen man noch nicht hat habhaft werden können, scheint ein Strolch zu sein, der sich in jener Gegend umhergetrieben hat. Das Kind hatte eine Geldtasche mit wenig Inhalt bei sich und außerdem einige Pfund Fleisch, die es vorher eingekauft hatte, beides fehlt. Ein Raubmord, wie ein Gerücht besagt, ist an dem Mädchen nicht verübt worden.

Nachträglich wird uns berichtet: Die kleine Hedwig Franke besuchte die zweite Gemeindefschule in Spandau zur Winterzeit nur Vormittags und wurde um zwölf Uhr entlassen. Sie nahm ihren Weg über die Klosterruinen, von wo sie dann mittels einer Fähre nach der Insel Valentinswerder übergesetzt wurde. Am Montag hatte das Kind für die Eltern anderthalb Pfund Hammelfleisch eingekauft, lehrte aber nicht nach Hause zurück. Anfangs waren die Eltern ohne Sorge, da sie wußten, daß Hedwig am Nachmittag im Gasthof zum Nothen Adler der Ausführung von Kriegesspielen beigewohnt hatte. Als aber das Kind um 8 Uhr Abends noch ausblieb, wurde der Förster Radhuth aus Halensfelde um seinen Beistand gebeten, und man folgte mit Laternen ihm und seinem Hunde. Es dauerte denn auch nicht lange, bis man durch Hilfe des Hundes in einer Schenke an die Streitstraße die Leiche entdeckte. Außer dem Fleisch fehlte etwa eine Mark in barem Gelde, die in einer gelben Geldtasche mit blauem Atlasfutter steckte. Vielleicht führt diese Angabe auf die Spur des Mörders, der in der Person eines 17—19 Jahre alten Burshen vermuthet wird, der in einem etwa 200 Meter vom Thortor entfernten Hause betheilt gesehen worden, dann wahrscheinlich mit dem Kinde zusammengetroffen ist und bei ihm eine größere Summe Geld vernommen hat. Der Burshen ist von schlanker Gestalt, hat dunkles Haar und einen Anflug von Schnurbart, trug einen dunklen Jaquetanzug, schwarzen Schlapphut und geht etwas nach vorn gebückt. Die Spandauer Polizei hat sich sofort nach dem Bekanntwerden der Mordthat auf die Suche nach dem Thäter gemacht, bisber aber nicht die geringste Spur von seinem Verbleib erspähen kann.

Cholera. Der Landrath des Nieder-Barnimer Kreises macht bekannt: „Bei einem am 24. d. M. bei Oranienburg erkrankten Schloffer, welcher dortselbst mit einem von Jeldent kommenden Kahn eintraf, ist Cholera asiatica konstatiert worden.“ Ferner wird amtlich bekannt gegeben, daß die Cholera in Zerpenscheule (Rienitz) die seitigen Kreise als erloschen zu betrachten ist.

Die Benutzung von Koalkförden zum Zwecke der rascheren Ausrottung von Neubauten sowie zum Aufstauen eingestorener Wasserleitungen, und Abflußröhren hat für die Gesundheit der Bauarbeiter öfters erhebliche Nachtheile, in einzelnen Fällen sogar den Tod derselben herbeigeführt. Um diesen Gefahren vorzubeugen, ist seitens des hiesigen Polizeipräsidiums seit etwa einem Jahre in die Bauweise die Bestimmung aufgenommen worden, daß in Räumen, welche mit Koalkförden besetzt sind, nicht gearbeitet werden darf. Die Thüren derartiger Räume müssen geschlossen gehalten bezw. die Thüröffnungen durch dicke Bretterbeschläge abgeschlossen werden; der Zutritt zu diesen Räumen ist nur den die Koalkförde beaufsichtigenden Personen gestattet. Das „Grundeigentum“ bringt diese Vorschriften in Erinnerung und meint: „Dem Publikum kann die Befolgung dieser Vorschriften nicht dringender genug empfohlen werden.“ Daraus geht hervor, daß diese Vorschriften bisher nicht befolgt worden sind. Woher kommt das? Sind polizeiliche Vorschriften nur dazu da, nicht befolgt zu werden? Die Polizei sieht doch sonst so streng auf die Befolgung der von ihr erlassenen Vorschriften; wie kommt es, daß die Befolgung der vorstehenden Vorschriften dem Publikum von privater Seite erst „dringend empfohlen“ werden muß?

Wegen Beseitigung der Schienenübergänge der Ostbahn und der Schlesischen Bahn über die Vorhagen-Kummelsburger Chaussee, eine Angelegenheit, die schon lange zwischen den beherrschten Behörden schwebt, hat neuerdings die Eisenbahn-Direktion bei dem Magistrat von Berlin und dem Gemeindevorstand Anträge gehalten. Die Direktion wünscht jetzt die von ihr auszuführende Wegüberführung durch Gewährung entsprechender Beiträge zu sichern, da der Bau für die Bevölkerung der östlichen Stadttheile Berlins und für die von Kummelsburg von der hervorragenden Bedeutung sei.

„Realisten vom reinen Wasser“ müssen es gewesen sein, die am letzten Todestag dem schaulustigen Publikum des Lippendorfer's Belten Schiller's „Käuber“ vorführten. Der Gastwirth Schröder hatte aus Berlin ein Schauspielensemble engagirt, welches auch pünktlich eintraf und ein ausverkauftes Haus aufzuweisen hatte. Unter frenetischem Beifall wurde die erste Scene zwischen dem alten Moor und seinem Sohne Franz gespielt, dann fiel der Vorhang und damit war der erste Akt — und das Schiller'sche Trauerspiel zu Ende! Denn als das ziemlich geduldige Publikum

Große öffentliche Versammlung
sämmtlicher
Brauereiarbeiter

Berlins und Umgegend
a. da sind: Brauer, Mälzer, Wöttcher, Schlosser, Schmiede, Stellmacher, Keller- und Flaschenbier-Arbeiter, Fahrer und Mitfahrer, Stallleute und Hofarbeiter
am Freitag, den 1. Dezember cr.,
Abends 8 Uhr,
bei Mundt, Köpnickstraße 100.
Tagesordnung:
1. Vortrag über: „Gewerkschaftsbewegung und die Erfolge unserer Agitationskommission.“ 2. Befragung und Beschlussfassung über Vorkommnisse in verschiedenen hies. Brauereien. 3. Diskussion und Verschiedenes. 477b
Zur Deckung der Unkosten Zeller-sammlung. — Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Die Agitationskommission.

Bekanntmachung

der
Orts-Krankenkasse für den
Gewerbebetrieb der Kaufleute,
Handelsleute und Apotheker
betreffend die
Delegirten-Wahl.
Mit dem 31. Dezember 1893
laufen die Mandate sämmtlicher Ver-
treter der Kassenmitglieder für die
Generalversammlung ab und haben
demgemäß auf Grund der §§ 49 und ff.
des Statuts vor Ablauf dieses Jahres
die Neuwahlen derselben stattfinden.
Zu wählen sind 794 Vertreter und
zwar für die nächste dreijährige
Wahlperiode vom 1. Januar 1894
bis 31. Dezember 1896.
Zur Vornahme der Wahlen findet
deshalb im Konigshof, Konzert-
haus, Alte Jakobstraße 37, am
Freitag, den 3. Dezember 1893,
Abends 8 1/2 Uhr, eine Versammlung
statt, zu welcher sämmtliche Kassen-
mitglieder eingeladen werden mit dem
Bemerkung, daß um 9 1/2 Uhr der Wahl-
akt beginnt und während desselben die
Thüren gemäß § 33 Abs. 4 des Statuts
geschlossen werden.
Die Kassenmitglieder haben sich durch
ihre Quittungsbücher auszuweisen.
Berlin, den 29. November 1893.
Der Vorstand. 189/13
Groll, Vorsitzender. Scherk, Schriftf.

**Zur gefälligen
Kenntnissnahme!!**

Wegen Verleugnung der Solidarität
mit ihren Berufs- und Vereinsgenossen
in dem von uns in Nr. 205 des
„Vorwärts“ gekennzeichneten und be-
gründeten Vorkampfe mit dem „Kleinen
Journal“, bezw. wegen Nicht-
beachtung des Beschlusses, den
gänzlichem Vertrieb des „Kleinen
Journal“ vom 1. Oktober d. J. an
einzustellen, sind die bisherigen Mit-
glieder unserer Vereinigung, und zwar:
1. R. Schreiber, Wellenlance-
straße Ecke Weisenaustr. 115,
2. Berger, Spittelmarkt 10,
Verkaufsstelle Königskolonnen
(in der Nähe des Bahnhofs
Alexanderplatz),
3. B. Jordan, Volbringerstr. 10,
Verkaufsstelle Neue Königstraße
Ecke Linienstraße,
auf Grund unseres Statuts § 5 Abs. 3
von der am 20. November abge-
haltenen Vereins-Versammlung ein-
stimmig aus der Vereinigung
für ausgeschlossen erklärt
worden! 427/19
Die bisherigen geschäftlichen Be-
ziehungen dieser gewesenen Mitglieder
zu der Vereinigung sind mit Ablauf
dieses Monats, so weit dies jedoch
noch nicht bis dahin möglich ist,
spätestens am 31. Dezember d. J. als
gelöst zu betrachten; neue Beziehungen
werden nicht mehr eingegangen.
Berlin, den 26. November 1893.
Freie Vereinigung der
Berliner Zeitungs-Spediteure
und Verkäufer.
Im Auftrage: Der Vorstand.
NB. Den Vertrieb des „Kleinen
Journal“ sehen ferner noch fort die
Nichtmitglieder Bauer, Riz-
dorf; Wöttcher, Spandau; Trammis,
Demminerstraße, Ecke Brunnenstraße.

Billig! Honigkuchen. Billig!

für Händler mit höchstem Rabatt, sowie
Christbaumfaden, Cafés. 480b
Deutsche Honigkuchen- u. Schokoladen-
Fabrik Brunnenstrasse 177, Invaliden-
strasse 138, sowie Neue Rossstr. 19.
Vereinszimmer m. Pianino ist zu verg.
Weuthstr. 11. C. Langkutt. 51492*

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Weuth-Strasse 2.

Für Vereine, Lesegirten, Privatbibliotheken, Arbeiterbildungsschulen
und zu Agitationszwecken empfehlen wir den Parteigenossen die
Schriften
von
August Bebel:

- Die Frau und der Sozialismus.** Neueste Auflage. Brosch. M. 2.— Geb. 2,50.
Das Bebel'sche Buch ist, wenn man von den Schriften eines Karl Marx und
Friedrich Engels abliest, das bedeutendste literarische Ereignis, welches
der deutsche Sozialismus hervorgebracht hat. Wer den Inhalt des Sozialismus
und seine Ziele genau kennen lernen will, wird nicht umhin können, sich der
Lektüre desselben zu unterziehen, dessen großer Reichthum und strenger, stich-
festen Inhalt bei den heftigsten Fragen auch seitens des Gegners offen an-
erkannt werden müssen.
- Charles Fourier.** Sein Leben und seine Theorien. Mit einem
Portrait Fouriers und einer Abbildung des
Phalanstères. Broschirt M. 2.— Gebunden M. 2,50
- Unsere Ziele.** Eine Streitschrift gegen die demokratische Kor-
respondenz. Neue Auflage. M. 0,30
Die Schrift ist ein historisches Dokument der deutschen Sozialdemokratie, trog-
dem der damalige Standpunkt des Verfassers nach verschiedenen Richtungen
hin überholt ist.
- In den Landtagswahlen in Sachsen.** Agitationschrift
gelegentlich der
Ergänzungswahlen zum sächs. Landtage im Jahre 1891. M. 0,15
- Ihr Lager der Arbeiter in den Bäckereien.** M. 1.—
Nach einer vom Verfasser vorgenommenen Enquete, welche die schauerhaften
Verhältnisse über Arbeit, Lohn- und Wohnungsverhältnisse im Bäckergewerbe
zum ersten Mal vollständig festlegt und nicht bloß aufzählt, sondern
durch die selbsterlebten Untersuchungen nur bestätigt wurde, ohne die gelebte
gesetzliche Regelung zu finden.
- Die Entwicklung Frankreichs** vom 16. bis gegen Ende des
18. Jahrhunderts. M. 0,15
Eine kulturhistorische Skizze über Frankreichs Reformationskämpfe, die Zeiten
des Parteienwahnsinns und der tollsten Verschwendungssucht, die darauf fol-
gende Revolution der Weiber, welche in der politischen Revolution von 1789
in die äußere Erscheinung trat.
- Das Reichs-Gesundheitsamt** sozialistischen Standpunkt
beleuchtet. M. 0,10
Ein nach dem Fall des Sozialistengesetzes doppelt interessant anzuordnen Bro-
schüre: wie die Sozialdemokratie 1878 zu Regierungsvorlesungen kam, wenn sie
im ersten Moment die Revolution wagen wollte, und wie die bürgerlichen Par-
teien unterdessen frönderten, wenn dem sozialistischen Ausbeutungs-
schwindel Gefahr drohte.
- Die parlamentarische Thätigkeit** des Deutschen Reichs-
tages und der Land-
tage von 1874—1876. 2. Auflage. M. 0,25
- Die Thätigkeit des deutschen Reichstags 1887/89.**
M. 0,50
Die beiden Broschüren, gleichsam eine kurze kritische Geschichte der deutschen
Reichspolitik während der verflochtenen anderthalb Jahrzehnte, bieten eine solide
Summe historischer Materialien, das sie für jeden unentbehrlich sind, der an
politischen Leben der Gegenwart Interesse nimmt.
- Glossen zu Yves Guyot's und Sigismond Bacrot's** „Die wahre
Gestalt des Christenthums“ (Etude sur les doctrines
sociales du christianisme). Nebst einem Anhang: Ueber die
gegenwärtige und künftige Stellung der Frau. 3. durchgesehene
Ausgabe. M. 0,30
In knappen, scharfen Umrissen, eine Darlegung, daß alle religiösen Bewegungen
im Grunde sozialer Natur sind, insbesondere mit Bezug auf Luther's reaktionäre
Reformationsbewegung. — Der Anhang ist die Quintessenz der betreffenden
größeren Schrift aus des Verfassers Feder.
- Christenthum und Sozialismus.** Eine religiöse Polemik
zwischen Herrn Kaplan
Hohoff in Halle und Bebel. M. 0,10
In ihrer Massenerweiterung namentlich in katholischen Gegenden sehr geeignet.
- Unsere wirtschaftliche und politische Lage.** Rede
gehalten im September 1892 im Kasino Zürich. M. 0,20
- Stehendes Heer oder Volkswehr?** Rede Bebel's zur
Militärvorlage, gehalten im Reichstage am 13. Dezember 1892. M. 0,10
- Die Soldatenmishandlungen** vor dem deutschen Reichs-
tage. Stenographischer Ver-
richt über die Sitzung vom Freitag den 13. März 1891. Enthält
Neben Bebel's und Anderer. M. 0,15
- Die Soldatenmishandlungen.** Verhandlungen des Reichs-
tags v. 10. u. 21. März 1893.
Enthält Neben Bebel's und Anderer. M. 0,25
- Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Bei Aufträgen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Ein-
sendung des Betrages. (Porto extra.)

Musik-Instrumente

Wer billige und gute kaufen
will, gehe zu unterzeichneter Firma. Keine billigen Massen-Erzeugnisse!
Garantie für jedes gekaufte Instrument: Bei Nichtkonvenienz Zurücknahme
unter voller Rückzahlung der bezahlten Kaufsumme. Reparaturen in eigenen
Werkstätten schnell und billig. Auch werden Instrumente jeder Art ver-
liehen. Zu komischen Vorträgen Artisten-Instrumente gleichfalls am Lager.
Robert Effner, Holzmarktstr. 9.
51261*
vorzügl. u. Garantie, schmerz-, Zahnschmerz beseitigt, schmerz-
lösende Zahne, loses Zahnziehen, Theilzahlung, Goldstein, Oranienstr. 123.

Uhren und Goldwaaren

in der Mitte zwischen
Noricplatz und
Kommandantenstraße.
Oranienstraße 65, 1 Tr.,
Georg Wagner, Uhrmacher.
Silberne Cylinder-Remontoir mit Goldrand, 6 Steine, von 12 Mark an.
Massiv goldene Trauringe, 1 Dtl. 10,50 M., 1 1/2 Dtl. 15,50 M., 2 Dtl. 21 M.
50561*
Reparaturen an Uhren und Goldwaaren
werden sofort, gut und sehr billig ausgeführt.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, Androsstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Androsplatz
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Muster-
bücher gratis. Theilzahlung
gestattet. 500 Mark zahl-
ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte
Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

Gesucht
Neuen gebrachten Dampfkessel,
10—20 Str. Inhalt (inkl. Dampf) mit
Feuerung, kauft Weiland, Alt-
Noabit 35. 447b

Christbaum-Konfekt.
Reizende Neuheiten, nur genießbare
Waare, 1 Kiste Inhalt ca. 480 Stück
2,50 M., 1 Kiste Inhalt ca. 270 große
Stücke 8 M. 62/9*
Brod, Berlin O, Bahmannstr. 37.
Elegante, solide Herrenstoffe, vorzügl.
Qual., bedeut. unt. Preis. Kochstr. 49.*

Vollständiger Ausverkauf!
Leipzigerstr. 91, 1 Treppe, nur bis
15. Dezember. Jaquets reich garnirt
7,00 M., Jaquets in großartigster
Ausführung 12,50 Mark. Seiden-
plüsch-Jaquets bisher 60,00 Mark,
jezt 28,00 Mark, lange Winter-
paletots sonst 30,00 M., jezt 10,00 M.,
Capes in herrlicher Ausführung früher
30,00 M. jezt 12,50 M. Wintervisites
mit Pelz und Federbesatz sonst 25,00 M.,
jezt 7,00 M., Hunderte Straßen- und
Abendränder in allen Farben bisheriger
Preis 80 M., jezt 20—36 M., 200
Regenmäntel 4,50 nur Leipzigerstr. 91,
1 Treppe. 50902*

Weißbierbrauerei
Albert Bier,
begründet 1792,
Berlin O, Stralauerstrasse 3-5,
Fernsprecher: Amt V, 1056,
empfiehlt
feinstes Tafel-Weißbier,
Brauerei-Abzug.
30 halbe oder 15 ganze Liter-
flaschen für 3 Mark.
Eigene Ausschanklokale:
1) Stralauerstr. 3-5, Deloncom
W. Witte, 50338*
2) Friedrichstr. 83, Ede-Rosma-
rinstr., Deloncom F. Kowalk.
3) Weinmeisterstr. 18, Restaurant
Pickenbach, Del. J. Brockmann.

50% unter Ladenpr. kauft man Uhren
Goldsachen, Brillanten etc. im
Reichhaus H. Graf, Weuthstr. 3, 1.

Jede Uhr unter Garantie
kostet bei mir
zu repariren **1,50 Mk.**
(außer Bruch)
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, a. d. Oranienplatz
Jungnstr. 38,
Somnopath. Arzt Dr. Hösch, Linien-
straße 149, 8—10, 5 bis
7, Sonntags 8—10 Uhr.

Tempel's Bierhaus
Langestraße 65. 51471*
Gr. Vereinszimmer mehrere Tage frei.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämmtliche im Handel
befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Bahnhöfer Bier v. Faß, 4/10 10 Pf.,
2 Vereins-Zimmer, Bergmannstr. 92.

Als anerkannt reelle und that-
sächlich billigste Einkaufsquelle
des Süd-Ostens für
Gold-, Silber-,
Alfenidewaaren (Eig. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

Jeden Donnerstag:
Gr. Gänse-Ausspielen
auf 2 Billards. Gänse nicht unter 10 Pf.
5148L*
C. Langkutt,
11 Weuth-Strasse 11.

Freunden und Genossen empfehle meine
Destillation und Stehbierhalle.
F. Mohnke, Invalidenstr. 6,
Eingang Bergstr.

Reell! Pelzwaaren billig!
Einzel-Verkauf zu 51458*
Engros-Preisen
direkt in der Fabrik von
Goebel & Reinecke,
Stallschreiber-Strasse 50/51, 1 Treppe,
Ecke Alexandrinen-Strasse.
Bestellungen und Reparaturen billig

!! Roh-Tabak !!
Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten,
gute Qualität, tadelloser Brand, in
billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Rohtabak-
Brunnenstr. 135.

Neues Club-Haus
72, Kommandantenstr. 72. 80b
5 Säle (Bühne) zu Festlichkeiten u.
Versamm. Amt I 7421. H. Ebert.

Boltz' Festsäle,
vorm. Feuerstein,
S. Alte Jakobstraße 75.
Gr. u. kl. Säle zu festlich. u. Verf.
Roulante Ved. T. M. I, 1082. [24008*

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
2. Weuth-Strasse, Berlin SW., Weuth-Strasse 2.

Am 10. Dezember re. erscheint in unserem Verlage:

Buch der Freiheit.

Gesammelt und herausgegeben
von
Karl Wendell.
Zwei Bände, je circa 20 Bogen umfassend, à Mark 1,75
elegant in Prachtband gebunden, komplet Mark 3,—
Bei Voraus-Bestellungen, die bis 10. Dezember ein-
gehen, gewähren wir Vorzugspreise: Mark 1,50 pro Band
und Mark 4,50 für den komplet Prachtband.
Diese Sammlung der gedankenreichsten und formenschönsten
deutschen Freiheits-Lieder von Goethe bis auf die Dichter des
jüngsten Deutschland hat ihren politischen und literarischen Werth
in der Person des Herausgebers verbürgt, der als Dichter wie als
Freiheitskämpfer in der Deutschen Arbeiterwelt seit langem und beständig
bekannt ist. — Das „Buch der Freiheit“ sollte jeder Genosse er-
werben, dessen Herz für Freiheit und Schönheit schlägt. Für die
kommende Festzeit kann es kein schöneres und passenderes Fest-
geschenk geben als das „Buch der Freiheit“. 415/9
Zahlreichen Aufträgen sieht entgegen
Buchhandlung des „Vorwärts“

Grösstes Manufactur- und Mode-Waaren-Haus des Ostens
Grüner Weg 32 M. Löwinsohn (Inh. L. N. Jacob) Grüner Weg 32
Ecke Andreas-Platz. **Verkauf nur gegen Baar.** **Streng feste Preise.** Ecke Andreas-Platz.